

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste . Allgemeine Homosexuelle Aktion . Antifa - Bund der Antifaschisten . Antirassistische Initiative . Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten . Berliner Freunde der Völker Rußlands . Berliner Geschichtswerkstatt . Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener . Berufsverband Bildender Künstler . Evangelische Akademie Berlin . Evangelische Jugend Berlin . Freunde der deutschen Kinemathek . Humanistischer Verband Deutschlands . Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft . Naturfreundejugend Deutschlands . Neue Gesellschaft für Bildende Kunst . Neuköllner Kulturverein . Sozialistische Jugend Deutschlands/Die Falken . VVN - Verband der Antifaschistinnen und Antifaschisten . Werkbund-Archiv und viele Einzelmitglieder zusammengeschlossen zum

Verein

**AKTIVES MUSEUM
Faschismus und Widerstand in Berlin**

Mitgliederrundbrief Nr. 34

Dezember 1996

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

die letzten Wochen waren für uns sehr aufregend. Wieder, wie schon Anfang des Jahres, wurde ein Baustopp auf dem Gestapo-Gelände beschlossen, diesmal kam es zu einem Beschluß des gesamten Senats. In diesem Rundbrief wird einiges von den Protesten, die dann doch noch zur Aufhebung dieses Beschlusses führten, dokumentiert. Es wird also weitergebaut am Dokumentationszentrum der Stiftung Topographie des Terrors!

Allen, die durch ihre Proteste und Aktionen mitgeholfen haben, diesen Senatsbeschluß rückgängig zu machen, danken wir von ganzem Herzen!

Jetzt werden wir uns vor allem mit dem Verkauf der "Bausteine der Erinnerung" befassen. Wir wollen damit klarstellen, daß das Dokumentationszentrum Topographie des Terrors eine Angelegenheit aller politisch-historisch interessierten Bürgerinnen und Bürger ist.

To our friends in the other European countries, in USA and in Israel: Our heartfelt thanks for your solidarity! The Berlin authorities were impressed by your protests and the building of the documentation center Topography of Terror will continue!

Mit diesem Brief senden wir Überweisungsformulare und bitten die Mitglieder um Zahlung des Jahresbeitrags 1997, der laut Satzung zu Beginn des Jahres fällig ist. Die Beitragshöhe ist (seit 1990) unverändert: Vereinigungen DM 300,- (ermäßigt für Vereinigungen mit geringen Einnahmen DM 150,-), Einzelmitglieder DM 100,- (ermäßigt DM 50,-). Die Freundinnen und Freunde bitten wir um eine Spende. Der Mitgliedsbeitrag bzw. die Spende sind voll von der Steuer absetzbar, bis DM 100,- reicht der Einzahlerbeleg des von uns gesandten Formulars als Beleg, allen, die mehr zahlen, schicken wir eine Spendenbescheinigung.

Wir wünschen allen schöne Feiertage und ein gutes Jahr 1997!

Geschäfts- und Dokumentationsstelle : Chausseestr. 8, 10115 Berlin
Telefon und FAX 030/281 51 98
Konto 610012282 bei der Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

Inhaltsverzeichnis

Auseinandersetzung um den Baustopp auf dem Gestapogelände	S. 3
Zum Tode von Heinz Putzrath	S. 10
Bundesverdienstkreuz für Gerda und Wolfgang Szepansky	S. 11
Dr. Heinz Westphal zur Gedenkstätte Auschwitz Bemerkungen zu dem Bericht über unsere Polen- und Gedenkstättenreise	S. 12
Vorankündigung der Gedenkstättenreise nach Auschwitz im Mai 1997	S. 16
Dokumentiert: Bericht über unsere Veranstaltung zusammen mit dem Potsdamer Appell zur Aufhebung von NS-Urteilen	S. 17
Neue Gedenktafel in Neukölln	S. 18
Gedenktafelschwund in Berlin und anderswo	S. 19
Straßennamen in Charlottenburg und Reinickendorf	S. 20
Dokumentiert: Von gutgemeint bis antisemitisch: Stadtführungen durch das jüdische Berlin	S. 21
Neue Bücher	S. 22
Lieder gegen das Vergessen, ein Projekt des DIZ Ems- landlager	S. 24
Veranstaltungsvorschau	S. 25
Internationaler Appell: Gerechtigkeit für die Überlebenden des Holocaust in Mittel- und Osteuropa	S. 28
Redaktion dieses Rundbriefs: Christiane Hoss	

Auseinandersetzung um den Baustopp auf dem Gestapo-Gelände:

Am 23. Oktober beschloß der Senat in seiner Sparklausur den Beginn des Neubaus auf das Jahr 2000 zu verschieben.

In den nächsten Tagen waren wir besorgt. Es protestierten zwar am 26. Oktober die Mitgliederversammlung der Akademie der Künste, am 28. die Internationale Liga für Menschenrechte und die Fraktion der PdS, am 29. konnten wir unseren Protestbrief mit der Bitte an alle Empfänger, ihrerseits zu protestieren, aussenden. Bündnis 90/Die Grünen riefen für den 31. zu einer Protestversammlung mit Bauschild-Verhüllung auf. Aber das waren alles Stimmen, mit denen der Senat gerechnet hatte. Wir kamen uns ein wenig verlassen vor. Andreas Nachama, geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, sprach am 8. November bei der Gedenkfeier am Lindenufer (Standort der Spandauer Synagoge) und drückte unsere Stimmung aus:

"[...] Hat Deutschland vom 9. November 1938 gelernt? Dieser Tage ging eine Nachricht durch die Gazetten, die wenig Beachtung gefunden hat und keinen Aufschrei der moralischen Galionsfiguren der Stadt ausgelöst hat: Der Senat muß sparen und also wird beschlossen, einen wohl ohnehin unbeliebten Parlamentsbeschluß vom Anfang diesen Jahres wieder aufzuheben: Ich spreche vom Senatsbeschluß, das Zentrum zur Dokumentation des nationalsozialistischen Terrors, der von der Prinz-Albrecht-Straße 8, also dem Gebäude gegenüber dem Abgeordnetenhaus, europaweit ausging, vorerst nicht zu bauen. Um das zu konkretisieren: Mir liegt die Kopie des Einlieferungsscheins meines Vaters in das Konzentrationslager Auschwitz vor. Dort heißt es unter anderem: "Wohnort: Saloniki (...) Einweisende Dienststelle: RSHA, IV B 4", zu deutsch: Reichssicherheitshauptamt, Berlin, Hauptdienststelle: Prinz-Albrecht-Straße 8. Jeder weiß, wenn die mühsam erkämpften 20 Millionen DM Bundesgelder für das Dokumentationszentrum nicht jetzt abgerufen werden, dann wird es unmöglich sein, sie wieder zu bekommen. Jeder weiß, daß bis zum Jahr 2000 ein neues Abgeordnetenhaus und ein neuer Senat noch weniger an Absichtserklärungen gebunden sind, als dieser Senat an Beschlüsse des Abgeordnetenhauses von diesem Jahr, aber keine Hand regt sich. Man zuckt mit den Achseln, sagt, schön ist das nicht, aber wir haben kein Geld. [...]"

Es ist anders gekommen. Es brauchte ein wenig Zeit, die Reaktionen ließen ein paar Tage auf sich warten. Wir wußten auch an diesem Wochenende noch nicht, daß die ersten Proteste aus Israel und den USA schon in Berlin eingetroffen waren. Es wurden in den nächsten Tagen immer mehr - wie viele, wissen wir nicht, denn nur von denjenigen, die uns eine Kopie schickten, haben wir erfahren.

aus Berlin:

Akademie der Künste

Berthold Arndt

Prof. Dr. Horst Bednarek und Wolfgang Hoernle, Vorsitzende des Bundes der Antifaschisten

Berlin-Köpenick

Wolfgang Behrendt, MdB

Heinz Beinert

Christiane Bretz, Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg

Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin

Kirsten Dietrich

Franziska Eichstädt-Bohlig, MdB

Jochen Feilcke, MdB

Christine Fischer-Defoy

Alisa Fuss und Elna-Maria Reiff-Hundt, Internationale Liga für Menschenrechte

Dr. Heinz und Hildegard Hoffmann

Christiane Hoss

Wolf Kaiser

Jerzy Kanal, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde

Burkhard Koettlitz

Gisela Krieg, Vorsitzende des Gemeindegemeinderats der St. Thomas-Gemeinde Kreuzberg

Dorothee Ifland
 Hans-Joachim Marske, Vorsitzender der "Berliner Brücke"
 Wolfgang Nagel, früherer Bausenator
 Angelika Oden
 Martin Michael Passauer, Generalsuperintendent von Berlin
 PdS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus
 Monika Puginier
 Günter Rexrodt, MdB
 Manfred Richter, Leiter des Kunstdiensts der Evangelischen Kirche
 Matthias Stefke, Baustadtrat des Bezirks Kreuzberg
 Dirk Thesenvitz, Evangelische Jugend Berlin-Brandenburg
 Wolfgang Thierse, MdB
 Sabine Weißler
 Michael Zaremba

aus der übrigen Bundesrepublik:

Ignatz Bubis, Vorsitzender des Internationalen Beirats der Stiftung Topographie des Terrors
 Dr. Volkhard Knigge, Weimar, Direktor, Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora
 Franz J. Müller, München, Vorsitzender der Weiße Rose Stiftung
 Walter H. Pehle, Frankfurt, Fischer Taschenbuch-Verlag, Hrsg. der Reihe *Die Zeit des Nationalsozialismus*
 Gunnar Richter, Kassel, Leiter der Gedenkstätte Breitenau
 Dr. Hans-Jochen Vogel, Bonn, Vorsitzender von *Gegen Vergessen - Für Demokratie e. V.*

aus dem Ausland:

Uri Aloni, Beit Lohamei Haghetat, Direktor der Abteilung für deutsche Angelegenheiten
 Eva R. Angress, San Francisco
 Johanan Bein, Jerusalem, Vizedirektor von Yad Vashem
 Prof. Jacqueline Berke und Dr. Ann Saltzman, Drew University, Center for Holocaust Studies, Madison, New Jersey
 Dr. G. Jan Colin, New Jersey, Dean, General Studies of Richard Stockton College of New Jersey and Chair, American Committee Remembering for the Future
 Prof. Dr. Marion F. Deshmukh, Fairfax, Georg Mason University
 Baron Paul Halter und Yannis Thanassekos, Brüssel Präsident bzw. Direktor der Fondation Auschwitz
 Rabbi Marvin Hier und Kollegen, Los Angeles, Simon Wiesenthal Center
 Prof. Marion Kaplan und Kollegen, New York, Queens College
 Miles Lerman, Washington, Chairman des US Holocaust Memorial Museum
 Prof. Dr. Richard S. Levy, Chicago, University of Illinois
 Dr. Joachim Nelhans, Göteborg
 Dr. William L. Shulman, New York, Präsident der Associations of Holocaust Organizations
 Ori Z. Soltes, Washington, Vorsitzender des Council of American Jewish Museums
 Dr. Karen E. Till, Baton Rouge, Louisiana State University
 Prof. Dr. James J. Ward und Prof. Dr. Donald P. LoCicero, Allentown, Cedar Crest College
 Peter Zander, Churchill Fellow, London

Nun erschienen auch mehr kritische Artikel in Zeitungen und nach der Pressekonferenz am 11. November, auf der Ignatz Bubis den Protest des Internationalen Beirats der Stiftung bekanntgab, wurden es immer mehr. Vor allem am 12. November war der Pressespiegel wohl eine überaus unerfreuliche Lektüre für die Parteien der Großen Koalition. Am Abend sollten die Jüdischen Kulturtag eröffnet und gleichzeitig an das 325jährige Bestehen der jüdischen Gemeinde von Berlin erinnert werden. Dort sagte dann Bürgermeisterin Christine Bergmann, daß sich die Fraktionen von CDU und SPD auf einen Stopp des Baustopps geeinigt hätten.

Da die meisten unserer Leserinnen und Leser die hiesige Presse kennen, dokumentieren wir hier, nach der Presserklärung des Internationalen Beirats, nur die beiden großen Artikel aus dem Aufbau, New York.

AUFBAU

AMERICA'S ONLY GERMAN-JEWISH PUBLICATION - FOUNDED IN 1934

Vol. LXII, No. 23

New York, Friday, November 8, 1996

\$2.50 in U.S.A.

Am 23. Oktober beschloß der Berliner Senat, den Neubau der Gedenkstätte am ehemaligen Gestapo-Gelände bis zum Jahr 2000 einzustellen

Baustopp für "Topographie des Terrors"

Von Gerhard Schoenberger

Am 8. Mai 1995 wurde auf dem Berliner Gestapo-Gelände feierlich ein Bauschild enthüllt. Hier residierte die Schaltzentrale des NS-Terrors, hier wurden die Verbrechen, mit denen die Nationalsozialisten Europa überzogen, erdacht, geplant und bürokratisch organisiert. 50 Jahre nach der Befreiung sollte endlich doch noch damit begonnen werden, ein Dokumentationszentrum am Ort der Täter zu bauen. Wegen dieses nun entstehenden Dokumentationszentrums, so Ignatz Bubis, "brauchen wir in Deutschland kein Holocaust-Museum", es garantiere in Zusammenarbeit mit den

Gedenkstätten, daß die nachfolgenden Generationen in Deutschland über die Verbrechen aufgeklärt, und daß diese Verbrechen und ihre Opfer nicht vergessen werden. Seit jenen 8. Mai 1995 ist auf dem Gelände außer archäologischer Ausgrabungen nichts weiter geschehen: In den Berliner Haushaltsberatungen vom 23. Oktober wurde jetzt die Verschiebung des Baus auf das Jahr 2000 beschlossen. Wird dann mehr Geld in den Berliner Kassen sein? Das ist nicht wahrscheinlich. Wird man dann den Bau nicht wieder verschieben wollen und es am Ende ganz lassen?

Am 26. Oktober fand in Berlin das Richtfest für den großen Neubau von Mercedes-Benz am Potsdamer Platz statt. Die Szene erinnerte an ein anderes Medienspektakel vor einhalb Jahren: am 8. Mai 1995 sprach Bundesbauminister Töpfer, — zusammen mit dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen, dem damaligen Kultursenator Rolf-Martin Mielert und dem Vorsitzenden des

Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, — auf einem Festakt im Preußischen Abgeordnetenhaus und enthüllte eine Tafel, die den Baubeginn eines Dokumentations-, Ausstellungs- und Besucherzentrums auf dem Areal ankündigte, wo einmal die Reichsführung SS und das Reichssicherheitshauptamt ihren Sitz hatten. Damit schien ein Kapitel deutscher Nachkriegs-Verdrängung und ein

jährzehntelanger Streit über den Umgang mit dem Gelände an der berühmtesten Prinz-Albrecht-Straße einen glücklichen Abschluß gefunden zu haben.

Die Wahl des symbolischen Datums wirkte wie eine Bestätigung dafür, daß in den letzten zwei Jahrzehnten in der Bundesrepublik ein Wandel zum Besseren eingetreten, und die allgemeine Bereitschaft gewachsen ist, sich der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zu stellen. Wie soll man also die jetzige Entscheidung interpretieren? Handelt es sich um einen Kurswechsel, die populistische Reaktion auf einen inzwischen eingetretenen Umschwung der öffentlichen Meinung. Davon kann im Ernst zur Zeit keine Rede sein. Die heimlichen Hoffnungen national-konservativer Kreise, das vereinte Deutschland könne mit dem Ende der Nachkriegszeit endlich auch die braune Erblast hinter sich lassen, haben sich nicht erfüllt. Auch die breite Abwehr gegen die Welle neofaschistischer Gewaltakte bestätigte nur die positive Entwicklung, die mit dem Generationswechsel in Deutschland inzwischen eingetreten ist.

Die wirtschaftliche Rezession, die Massenarbeitslosigkeit und die katastrophale Verschuldung der öffentlichen Haushalte hat gleichwohl eine Veränderung zum Schlechten bewirkt. Täglich berichten die Medien über immer neue Schulden, Defizite und Finanzierungslücken in Milliardenhöhe. Die Politik reagiert panikartig. Um den bedrohlichen Schuldenberg, der 1997 noch weit unter dem verfassungserlaubten Limit zu beschränken, scheint man inzwischen zu jeder Ausweg bereit.



Im Protest gegen den Baustopp haben Demonstranten das provisorische Bauschild auf dem Gelände der "Topographie des Terrors" mit einem schwarzen Tuch verhüllt. Ursprünglich sollte das geplante Dokumentationszentrum 1998 fertiggestellt werden.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 1

Nun darf man die beiden großen Parteien der Berliner Koalition, die noch im März dieses Jahres ihren Willen bekräftigt hatten, den Neubau trotz allem zum 9. November 1998 fertigzustellen, sicher nicht eines politischen Gestaltungswandels verdächtigen. Eher sind Rückschlüsse auf die besonders verzweifelte Finanzlage Berlins erlaubt, das als künftige Hauptstadt vor enormen Aufgaben steht, aber nun lernen muß, ohne die früher reichlich fließenden Bonner Subventionen auszukommen. Trotzdem ist die politische Fehlleistung ersten Ranges, mit der die Landesregierung im In- und Ausland ein falsches Signal und sich selbst wie die ganze Stadt in ein schiefes Licht setzt. Sie verkantet die historische Bedeutung des Geländes ebenso wie den Stellenwert, das dort vorgesehene Projekt.

Auf diesem Gelände befand sich die Befehlszentrale des 'Terrors', 1987 Deutschland und nach Kriegsbegleit in allen eroberten Ländern wütete. Von hier wurden die Gestapo-Leitstellen in ganz Europa, die Erschießungskommandos der Einsatzgruppen und die Konzentrations- und Vernichtungslager dirigiert, hier wurde der Genozid am jüdischen Volk und an den Zigeunern beschlossen, die sog. Euthanasie-Aktion sowie zahlreiche weitere Massenverbrechen organisiert.

Die an diesem Ort platzierte Dokumentation "Topographie des Terrors", 1987 anlässlich der 750-Jahrfeier der Stadt in einer provisorischen Baracke neben dem Gropiusbau untergebracht, hat ihre Notwendigkeit und Lebensfähigkeit längst bewiesen. Ursprünglich nur für drei Monate vorgesehen, zieht sie nach wie vor die Besucher aus dem In- und Ausland an. Anderthalb Millionen Menschen haben die Ausstellung bisher gesehen. Es ist an der

Aus für das gesamte Projekt bedeutsam.

Selbst wenn man davon ausgeht, daß es in Bonn und Berlin auch künftig an gutem Willen nicht fehlen wird, ist unklar, welche Garantie es dafür gibt, daß sich die Finanzlage bis zum Jahre 2000 gebessert und die staatlichen Kassen wieder gefüllt haben. Sicher ist nur, daß bis dahin die Preise steigen und die heute veranschlagten Mittel nicht mehr ausreichen werden.

Wird der Senat zusätzlich zu den acht Millionen DM, welche die Planung und Vorbereitung des Projekts bisher gekostet haben, noch weitere Ausgaben haben, um die bereits ausgeübte Baugrube wieder zuzuschütten, die sich sonst bis zur Jahrtausendwende in einen Grundwassersee verwandeln dürfte? Mit anderen Worten: Die Sparmaßnahme kommt Berlin in jeder Hinsicht teuer zu stehen.

Nur eine Rücknahme des Senatsbeschlusses könnte auch verhindern, daß die Planungen für das Gestapo-Gelände und für das noch immer umstrittene "Denkmal für die ermordeten Juden Europas" in Kontaktgespräch zueinander gerät. Es wird sonst unversehentlich gefragt werden, ob Gedanken der "Aufklärung" dienen soll, oder die Aufklärung den Gedanken.

Das Direktorium der Stiftung "Topographie des Terrors" hat bereits gewarnt: "Eine Entscheidung, ausschließlich das Denkmal zu realisieren, wäre sicherlich falsch." Daß manche Politiker, wenn es denn auf eine Alternative hinausläuft, darin gleichwohl die weniger unbedeutende

Lösung sehen würden, ist klar. Insofern war die "Topographie" bei vielen von Anfang an ein ungeliebtes Kind. Soll sie am Ende nun doch ein Symbol für ein nicht angenommene Kapitel deutscher Geschichte bleiben, wie Prof. Wolfgang Scheffler, NS-Forscher und Mitstreiter für diesen Gedenk- und Lernort schon vor einem Jahrzehnt befruchtete?

"Die Entscheidung für den Baustopp ist eine politische Fehlleistung ersten Ranges, mit der die Landesregierung im In- und Ausland ein falsches Signal und sich selbst wie die ganze Stadt in ein schiefes Licht setzt"

Die Proteste bläuen sich. Die Bürgerinitiative "Aktives Museum" und die "Internationale Liga für Menschenrechte", die seit 15 Jahren für dieses Gelände gestritten haben, als sich hier unter anderem noch eine Schutzverbundungs-Gesellschaft ausbreitete, Präsident und Mitgliederversammlung der Akademie der Künste Berlin-Brandenburg und natürlich die Stiftung "Topographie" haben gegen den verfügbaren Baustopp in öffentlichen Erklärungen protestiert. Die Fraktion Bündnis 90/Grüne verhielt in einem symbolischen Akt das am 8. Mai 1995 aufgestellte Bauschild mit einem schwarzen Tuch.

Und die Montagungsangabe der FAZ stellt ihren Bericht unter die Überschrift: "Der Berliner Senat spart die Erinnerung an das Dritte Reich ein". Das Echo wird lauter, der Tenor ist eindeutig: der Baustopp muß zurückgenommen werden.



Blick auf die Ausstellung "Topographie des Terrors", 1987.

Zeit, daß die Einrichtung ein festes und größeres Haus bekommt, wo auch Büros, Archiv, Bibliothek, Arbeits- und Veranstaltungsräume Platz finden.

"Die inhumanste Offentlichkeit", sagt Prof. Reinhard Rümpf, der wissenschaftliche Direktor der Stiftung, "wird sorgfältig darauf achten, wie die Bundesrepublik in der alten und neuen Hauptstadt mit ihrer NS-Geschichte umgeht." Und Ignaz Bubis fügt hinzu, er verstehe, daß die Stadt sparen müsse. Sie solle aber gut überlegen, an welcher Stelle.

Daß die Notwendigkeit für Einsparungen und Verkürze in Höhe von sieben Milliarden Mark für detailliertere Überlegungen keine Zeit läßt, zeigt sich an den wenig plausiblen Argumenten, mit denen man jetzt versucht, die Entscheidung nachherunterzuspielen. Entgegen allen Erklärungs- und Beschwichtigungsversuchen muß man feststellen, daß der jetzige Beschluß, wenn es dabei bleibt, mit großer Wahrscheinlichkeit das endgültige

AUFBAU

Erklärung
des Internationalen Beirates und des Arbeitsausschusses der
"Stiftung Topographie des Terrors"

DARF SICH BERLIN DIE ERINNERUNG AN DIE VERBRECHEN DER NS-ZEIT ERSPAREN?

Die Mitglieder des Internationalen Beirates und des Arbeitsausschusses der "Stiftung Topographie des Terrors" haben auf ihrer Sitzung am 11. November 1996 die durch die Sparbeschlüsse des Berliner Senates entstandene Situation beraten.

Sie sehen in der vom Senat beschlossenen Verschiebung des Neubaus für ein Dokumentationszentrum der Stiftung auf dem Gelände des früheren Reichssicherheitshauptamtes eine ernste Gefährdung des Projektes: Aufgeschoben ist in diesem Falle aufgehoben, denn weder der Senat des Landes Berlin noch die Bundesregierung, die an diesem gemeinsamen Bau-Projekt mit der Hälfte der erforderlichen Mittel ebenso beteiligt ist wie an der Stiftung insgesamt, können über die jetztigen Legislaturperioden hinaus verbindliche Zusagen für das Jahr 2000 treffen.

Bundesregierung und Berliner Senat haben sich am 8. Mai 1995 anlässlich der feierlichen Bauschildenthüllung durch ihre Vertreter, den Bundesbauminister Klaus Töpfer und den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen, einmütig und engagiert für die Notwendigkeit eines solchen Dokumentationszentrums ausgesprochen. Der Berliner Senat hat nun sein Wort gebrochen. Wir appellieren an die Bundesregierung, Bundestag und das Berliner Abgeordnetenhaus dafür Sorge zu tragen, daß die Erinnerung an die von hier aus europaweit koordinierten Verbrechen lebendig gehalten wird. Um die Glaubwürdigkeit des Bekenntnisses Deutschlands zu seiner Geschichte nicht in Frage zu stellen, muß der Neubau der "Stiftung Topographie des Terrors" termingerecht zum 60. Jahrestag der Novemberpogrome 1938 - und damit rechtzeitig zum Regierungsumzug - fertiggestellt werden.

Keiner wird ernsthaft die Notwendigkeit bestreiten, daß die Staatsfinanzen konsolidiert werden müssen. Jedoch drängt sich allerdings der Eindruck auf, als wollten sich die Regierungsverantwortlichen unter dem Vorwand des Sparzwanges ein

Projekt "ersparen", dessen Aufgaben sie 50 Jahre nach Kriegsende offensichtlich als überholt betrachten würden.

Es war schon vier Jahrzehnte zu spät, als das Land Berlin 1983 seine Verantwortung für diesen Ort entdeckte und sich seiner historischen Bedeutung bewußt wurde. Im Juli 1987 wurde schließlich der von den Berliner Festspielen errichtete provisorische Bau einer Dokumentationshalle der Öffentlichkeit übergeben.

Mehr als 1,5 Millionen Besucher haben dieses für wenige Monate gedachte "Provisorium" seither besucht. Sie belegen das gewachsene Interesse von Berlinern und Berlin-Besuchern an Informationen über dieses Kapitel der Geschichte Deutschlands. In dem Maße, wie die historischen Spuren des Krieges und in seiner Folge der Spaltung der Stadt verschwinden, wird dieses Interesse weiter zunehmen. Die Stiftung kann die ihr übertragenen Aufgaben nur in einem solchen Neubau erfüllen, der die entsprechenden Einrichtungen - Arbeitsgruppenräume, Veranstaltungssäle und Benutzerbibliothek - vorsieht.

Die mühsam von Bürgerinitiativen, Verbänden und Institutionen erkämpfte und ab 1991 vom Senat selbst vorgenommene Gründung der "Stiftung Topographie des Terrors" und die Übereignung des Grundstücks an diese Stiftung mit dem Ziel, es zu einem Lern-Ort zu gestalten, der über Ursachen, Wirkungsweisen und Folgen nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland und Europa informiert und zur aktiven Mitarbeit an Projekten anregt, würden durch die nun getroffenen Beschlüsse zum Scheitern verurteilt. Es darf nicht vergessen werden, daß der Senat von Berlin durch einstimmigen Beschluß des Abgeordnetenhauses von Berlin selbst die Verantwortung hierfür übernommen hat.

Im Sommer wurde mit der Ausschachtung der Baugrube begonnen, um dabei zugleich wichtige historische Spuren archäologisch zu sichern. Bleibt die Baugrube nun bis zum Jahre 2000 offen bestehen, wird der sich darin bildende See auch die Kellerräume des jetzigen Ausstellungspavillons unter Wasser setzen und damit die dort gezeigte Ausstellung zerstören.

Es ist eine Illusion, daß mit der nun geplanten Verschiebung des Baubeginns auch nur eine Mark gespart werden könne. Im Gegenteil: bereits jetzt wurden 8 Millionen DM für den Wettbewerb, die bauvorbereitenden Gutachten und Maßnahmen und das Architekten-Honorar ausgegeben. Die Baukosten werden im Jahre 2000 mit Sicherheit um 30% höher sein. Während eine Vorfinanzierung sich wesentlich günstiger darbietet, ungeachtet der laufenden Unterhaltungskosten für den jetzigen Ausstellungspavillon - und ganz abgesehen von der Gefahr, daß die 18 Mio DM Bundesmittel verloren gehen.

Weiterbau der "Topographie des Terrors" beschlossen**Debatte mit verräterischer Sprache**

Nun also doch: Die "Topographie des Terrors", das Dokumentationszentrum auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände in Berlin, wird sofort gebaut. Das beschloß vor wenigen Tagen das Abgeordnetenhaus von Berlin — und widersprach damit den Plänen des Senats, die Errichtung der Gedenkstätte auf das Jahr 2000 zu verschieben (siehe auch *Aufbau* Nr. 23). Der regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen (CDU), und seine christ- und sozialdemokratischen Senatskollegen hatten die Sparzwänge der deutschen Hauptstadt zur Grundlage ihrer Entscheidung gemacht. Ein schwerwiegender Fehler, wie nicht zuletzt zahlreiche Proteste belegen.

Nach der positiven Abstimmung im Abgeordnetenhaus herrscht jetzt Erleichterung in Berlin. Leidlich. Denn die Debatte um die "Topographie des Terrors" hinterläßt einen bitteren Nachgeschmack. Da ist zum einen die geradezu haarsträubende Leichtfertigkeit, mit der führende Berliner Politiker über den Umgang mit dem ehemaligen Gestapo-Gelände entschieden haben. Was ist mit den tief sinnigen Worten, die insbesondere aus Anlaß diverser historischer Jahrestage aus denselben Mündern gekommen waren? Sind die großen Reden von Sensibilität und Verantwortung für die eigene Geschichte nichts als hohle Phrasen?

Zum anderen irritiert die verräterische, mitunter beläugende Sprache, mit der sich einige Volksvertreter Gehör in den Medien verschaffen. So zum Beispiel der Vorsitzende des Hauptausschusses im Abgeordnetenhaus, Klaus Franke: Wenn der Berliner Haushalt eine Finanzierung der "Topographie des Terrors" nicht hergibt, meinte der CDU-Politiker, dann sollen eben unter anderem "reiche Mitglieder der Jüdischen Gemeinde" — davon gibt es ja

so viele — Geld spenden. Der Bürgermeister stand ihm nicht nach. Um den Baustopp der "Topographie des Terrors" zu relativieren, listete er der Öffentlichkeit auf, was die Stadt alles für die jüdische Gemeinde tue. Indirekt unterstellte Diepgen damit, daß das Dokumentationszentrum für die Berliner Juden errichtet werde.

Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, und Dr. Andreas Nachama, Direktor der Stiftung "Topographie des Terrors", traten derartigen Äußerungen mit deutlichen Worten entgegen: Das Dokumentationszentrum, so erklärten beide, sei ein Geschenk an die Stadt und ihre Besucher und man sei es "der Geschichte aller Deutschen schuldig."

Schließlich mußte sich Bubis auch noch vorwerfen lassen, er setze mit seiner Kritik die Berliner Politik "unangemessenem Druck" aus. Motto: Hätten Kritiker wie er den Mund gehalten, dann wäre der Baustopp niemandem aufgefallen, und die Stadt müßte nicht um ihr Ansehen im In- und Ausland fürchten!

Während derzeit noch darüber spekuliert wird, welcher Schaden der Stadt Berlin und Deutschland durch den Ad hoc-Beschluß des Senats entstanden ist, dürfen die Berliner — und nicht nur sie — gespannt sein, ob die Entscheidung des Abgeordnetenhauses über den Weiterbau des Dokumentationszentrums tatsächlich umgesetzt wird. Die Politiker hoffen auf einen größeren Zuschuß aus Bundesmitteln und auf private Spenden. Insgesamt müssen 45 Millionen Mark aufgebracht werden, um die "Topographie des Terrors" bis zum 9. November 1998 fertigzustellen — zum 60. Jahrestag der Reichspogromnacht.

Thomas Willimowski

Heinz Putzrath

Im Dezember dieses Jahres wäre er achtzig geworden. Die Festschrift, die seine Freunde und Mitstreiter für diesen Anlaß vorbereitet hatten, wandelte sich unversehens zur Gedenkschrift für einen Verstorbenen. Am 18. September 1996 kam Heinz Putzrath von einer Sitzung des Beirats der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, dem er als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten angehörte. Es war eine intensive Sitzung, in der unter anderem um das Verhältnis beider Vergangenheiten in der Darstellung der Gedenkstätte Sachsenhausen gestritten worden war. Danach hatte Heinz Putzrath es eilig, zurück nach Berlin zu kommen, im Hotel warteten Freunde auf ihn, mit denen er verabredet war. So hielt er es immer, wenn er von Bonn, wo er wohnte, nach Berlin zu Besprechungen und Konferenzen kam. Seine Zeit war meist bis zum späten Abend angefüllt mit Terminen: Treffen mit langjährigen Freundinnen und Freunden aber auch Begegnungen mit Menschen, die er kennenlernen wollte, weil sie ihn aus irgendeinem Grunde interessierten. Das verbindende Thema war meist die Erinnerung an Verfolgung und Widerstand in der Zeit des NS, der Heinz Putzrath die letzten Jahrzehnte seines Lebens gewidmet hatte. An diesem 18. September warteten die Freunde vergeblich im Hotel auf ihn. Unterwegs auf der Straße brach er zusammen und erwachte bis zu seinem Tod am 24. September nicht mehr aus der Bewußtlosigkeit.

Wir hatten uns 1991 bei einer Anhörung der Expertenkommission für die Neuorientierung der Brandenburgischen Gedenkstätten kennengelernt. Er interessierte sich für ein Buch, das ich gerade publiziert hatte und das von meinem Großvater handelte, der aus Breslau stammte und Mitglied der Kommunistischen Partei (Opposition) gewesen war. Diese beiden Punkte, KP (Opposition) und Breslau waren eine Brücke zur Lebensgeschichte von Heinz Putzrath, so kamen wir miteinander ins Gespräch. Aus einer jüdischen Familie stammend, hatte er seine Kindheits- und Jugendjahre in dieser Stadt verbracht und dort im Jugendverband der Kommunistischen Opposition prägende politische Erfahrungen gesammelt. Als 17jähriger wurde er von den Nazis für einige Monate inhaftiert und floh danach zunächst in die Tschechoslowakei, später nach England. Dort lernte er viele emigrierte Sozialdemokraten kennen. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland war er viele Jahre lang Auslandsreferent des Parteivorstands der SPD.

Über sein eigenes Leben sprach Heinz Putzrath wenig. Dafür hatte er ein enormes Gedächtnis für Personen, Namen und Geschichten. Während unserer Begegnungen hatte ich stets das Gefühl, daß die Erinnerung an all diese Menschen, denen er im Laufe seines Lebens begegnet war und die inzwischen längst nicht mehr lebten, in seinem Innern ein dichtes Netz von ineinandergeknüpften Fäden bildeten. Wenn er begann, von einer Person, von einer Begebenheit zu erzählen, so ergaben sich daraus stets weitere Geschichten und es fiel ihm schwer, an irgendeiner Stelle aufzuhören. Jahrzehntlang war Heinz Putzrath unter den aus dem Exil oder den Konzentrationslagern Zurückgekehrten der Jüngste gewesen. Aber irgendwann, ohne daß er es bewußt wahrnehmen wollte, rückte er selbst zu den Ältesten auf und diejenigen, die er immer bewundert hatte, waren nicht mehr da. Bei unserer letzten Begegnung, von der wir nicht ahnten, daß es die letzte sein würde, versuchte ich, ihn zu überreden, seine Erinnerungen aufzuschreiben, damit dieses unschätzbare Wissen von Personen und Zusammenhängen aus der Zeit des Nationalsozialismus und der frühen Geschichte der Bundesrepublik nicht verlorengelange. Aber das Schreiben war nicht sein Metier. Er hielt Erinnerung auf andere Weise wach, indem er Menschen zusammenbrachte, Projekte anregte und zum Beispiel jahrelang das Informationsblatt der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten herausgab, sich für den Ausbau der KZ-Gedenkstätten einsetzte und die deutsch-israelische Gesellschaft mitbegründet. Eins seiner letzten "Werke" war die Initiative zur Gründung des Vereins "Gegen Vergessen - für Demokratie".

Annette Leo



Foto: Jürgen Henschel

26. 9. 1996: Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Gerda Szepansky und Wolfgang Szepansky. Wir freuen uns über diese Anerkennung ihrer Verdienste um die Aufklärung der Jugend über die Zeit des Nationalsozialismus.

HEINZ WESTPHAL

DROSTE-HÖLSHOFF-STR. 2
53129 BONN
Tel. 02 28 / 23 16 94

Bonn, den 24. Oktober 1996

Lieber Herr Dr. Armbrüster,

nachdem ich durch die freundliche Zusendung einiger Exemplare der Mitgliederrundbriefe Ihrer Vereinigung in der Nr. 32 von Juni 1996 nun Ihren interessanten Bericht über die Gedenkstättenreise vom 11. bis 17. Mai 1996 nach Auschwitz und Birkenau in der ganzen Länge lesen, dazu die abgedruckten Fotos ansehen konnte und schließlich auch den anschließend abgedruckten Brief der Herren Wolf Leo und Klaus Abels hinsichtlich der Frage, ob es in Auschwitz eine deutsche Ausstellung geben sollte, las, möchte ich doch aus meinen Erfahrungen als einziges deutsches Mitglied des Internationalen Museumsrats der Gedenkstätten von Auschwitz und Birkenau seit dem Ende des Jahres 1993 Ihnen und auch Ihren an dieser Sache interessierten Freunden einige Überlegungen mitteilen.

Zunächst zu der Frage einer "deutschen Ausstellung" im Stammlager Auschwitz 1. Ich werde nichts tun, um für eine deutsche Ausstellung in dieser Gedenkstätte einzutreten. Die vom Internationalen Rat akzeptierte Konzeption der Gedenkstättenleitung in Auschwitz 1, eine große Gesamtausstellung nach einer neuen Konzeption zu gestalten, geht davon aus, durch Verhandlungen mit den zuständigen Regierungen oder Organisationen zu erreichen, daß die bisherigen sog. nationalen Ausstellungen aufgegeben werden. Dies ist ein schwieriger und auch sehr langwieriger Prozeß, ja er steht sogar der Realisierung des "internationalisierten" Konzepts wahrscheinlich noch über längere Zeit im Wege. Wir denken allerdings daran, daß andere, für die neue Ausstellung nicht verwendete Steinbaracken in Auschwitz 1 zur Verfügung gestellt werden für die von vielen Einzelpersonen und Organisationen

gewünschten Möglichkeiten, Erinnerungstafeln oder ähnliches an bestimmte Opfer oder Opfergruppen zur Verfügung zu stellen. Letztere Überlegung ist insbesondere auch entstanden durch die von Eli Wiesel bei der Erinnerungsveranstaltung an das Pogrom von 1946 in Kielce geäußerte Kritik an der Aufstellung von gleichzeitig Davidsternen und christlichen Kreuzen auf dem großen Feld am Ende des Lagers von Birkenau, auf dem die Asche der vergasteten und verbrannten Opfer ausgestreut wurde. Diese mit besten Absichten einer polnischen Pfadfindergruppe im Laufe vergangener Jahre entstandene Kennzeichnung des Ortes widerspricht durch die Aufstellung von Symbolen unterschiedlicher Religionsgemeinschaften vor allem der jüdischen Tradition. Der engagierte Vorsitzende des Internationalen Museumsrats, Prof. Bartoszewski, als ehemaliger polnischer Häftling in Auschwitz von "beiden Seiten" (jüdischer und polnischer) anerkannt, ist zur Zeit intensiv darum bemüht, dieses Problem durch Gespräche einer Lösung zuzuführen.

Es ist sicher nicht unberechtigt, dieses seit dem Jahre 1990 existierende internationale Gremium in seiner Tätigkeit einer Kritik zu unterziehen, zumal es zu Beratungen nur einmal im Jahr zusammenkommt und auch das Präsidium dieses Internationalen Rates wohl nur einmal mehr zu einer Sitzung zusammentritt. Das von der polnischen Regierung berufene Gremium hat allerdings nur eine beratende Funktion gegenüber der Gedenkstättenleitung und dem für die Gedenkstätten zuständigen polnischen Kulturministerium. Zu den Kritikern mangelnder Effektivität des Rates gehörte vor allem sein leider im vergangenen Jahr verstorbenes Mitglied Hermann Langbein aus Österreich, der gleich mir darunter litt, daß nur so selten Sitzungen stattfanden und dafür fast keine schriftliche Vorbereitung erfolgte. Unsere Mahnungen haben bis jetzt leider zu keiner wirklichen Verbesserung in dieser Hinsicht geführt.

Hinsichtlich des Problems der Errichtung eines sog. "Supermarktes" scheint mir, lieber Herr Dr. Armbrüster, Ihre Darstellung doch ein wenig zu einseitig aus der Sicht der Leitung der Gedenkstätte formuliert. Die Tatsache, daß nun die polnische Regierung einen recht umfassenden Plan vorbereitet und dafür über 55 Millionen Zloty zur Verfügung stellen will, wobei die Schaffung einer neu abgegrenzten Schutzzone um die Gedenkstätten Auschwitz und Birkenau ein Teil des Gesamtprojektes ist, spricht dafür, daß die vor allem von jüdischer Seite, aber auch z.B. von der deutschen Vereinigung "Gegen Vergessen – Für Demokratie" vorgebrachte Kritik an den Baumaßnahmen für einen solchen "Supermarkt" direkt vor den Toren der Gedenkstätte berechtigt war. Man wird in diesem Zusammenhang wohl auch einen

kritischen Blick auf die zunächst nur ein Kinderdorf in der Nähe von Oswiecim schaffende, dann aber auch sich wirtschaftlich betätigende Gesellschaft MAJA haben müssen, zumal daran nicht nur ein ehemaliger deutscher Sparkassendirektor aus einem kleineren süddeutschen Ort, sondern auch der Direktor der Gedenkstätte im Leitungsgremium beteiligt ist. Mir scheint, daß die vom polnischen Justizministerium entworfene und zum Regierungskonzept gehörende Schutzzone und auch eine geplante Straßenverlegung mit dazu beitragen werden, daß ein sicher notwendiges Service-Zentrum, in dem die helfenden Einrichtungen und auch Gaststätten für die Besuchergruppen zur Verfügung stehen, außerhalb dieser Schutzzone eine deutliche Besserung der Gesamtverhältnisse bringen werden.

Ein Wort möchte ich auch zu dem von Ihnen angesprochenen Besuch der Gedenkstätten für die Massenvernichtungen des Holocaust in Polen durch große Zahlen von jungen Israeli sagen. Diese Aktion begann nach der politischen Wende in Polen und stand unter der Bezeichnung "March of the living". In Bussen eilten Hunderte junger Menschen aus Israel von Gedenkstätte zu Gedenkstätte durch Polen, ohne einen wirklichen Kontakt zu den dort heute lebenden Menschen, geschweige denn zu polnischen Jugendlichen. Als ich davon hörte, war ich sehr bedrückt. So sehr ich es als wünschenswert ansah, daß es nun dazu kommen konnte, daß Israeli frei nach Polen reisen und die Gedenkstätten besuchen konnten, so sehr fürchtete ich die Einseitigkeit dieser Art der Information. Wenn ich mir vorstelle, was junge Menschen, die erstmalig mit den Resten der Gaskammern, den riesigen Lagergeländen, den elenden Barackenresten, den aufgestapelten Koffern und gar den abgescherten Haaren als Eindrücke mitnehmen müßten, dann konnte daraus nur Haß, Haß, selbstverständlich gegen die

Täter, entstehen. So sehr dieser Haß berechtigt ist, ist er nicht die Antwort allein auf die Gestaltung der Zukunft. Und im Hinblick auf die Gestaltung der Zukunft wären wir insgesamt, insbesondere durch Jugendbegegnungen zwischen jungen Israeli und jungen Deutschen, schon ein ganzes Stück weiter. Es kommt auf das Nichtvergessen und Nichtverdrängen an, aber eben vor allem auch auf die gemeinsame Erkenntnis, daß wir alle dafür sorgen müssen: es darf nie wieder geschehen. Und dafür ist Haß wohl oder übel die falsche Antwort.

Wenn Sie also meine Einstellung zu diesem Thema kennenlernen wollen, dann kann ich sie am besten dadurch zum Ausdruck bringen, daß ich gern meinen Wunsch erfüllt sehen möchte, daß in der nun im Dezember auf eine zehnjährige erfolgreiche Tätigkeit zurückblickende Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oswiecim in Zukunft möglichst oft gemeinsame Treffen und Seminare von jungen Israeli, jungen Polen und jungen Deutschen stattfinden, am besten, nachdem sie vorher schon eine Woche zusammen gewesen sind an anderer Stelle, um über das miteinander zu sprechen, was ihnen bevorsteht, wenn sie die Stätten des Grauens

besichtigen und darüber gemeinsam diskutieren. Selbstverständlich gehöre ich auch zu denjenigen, die – wie Sie es am Schluß schreiben – "das visuelle Moment für die mentale Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen" für außerordentlich wichtig und helfend für die geistige Auseinandersetzung mit dieser Thematik ansehen. Und trotzdem füge ich hinzu, daß ich lieber unser Geld in noch mehr internationale Jugendbegegnung stecken möchte als in die Restaurierung von Baracken.

Die Tafel mit Originalfotos und Bildunterschriften zur Erklärung der Orte in dem riesigen Gelände von Birkenau sind eine mit deutschen Finanzierungsmitteln geschaffene, von mir besonders befürwortete neue Installation. Sie haben diese Tafeln positiv kommentiert. Ich selbst hatte den Eindruck, daß sie etwas zu aufwendig mit dem schwarzen schwedischen Granit gestaltet worden sind, aber ich freue mich, daß nun jeder Besucher viel mehr schon durch eigene Anschauung über die schlimmen Arten der Nutzung des Ortes, den er gerade bei seinem langen Weg durch Birkenau berührt, erfährt. Die Unterschriften sind übrigens nur in polnischer und in englischer Sprache gefaßt. Man könnte die Frage stellen, ob dazu auch die deutsche Sprache gehören sollte, weil ja schließlich die zweitgrößte Besucheranzahl aus unserem Land nach Auschwitz kommt. Ich habe darauf nicht gedrängt, weil mir eigentlich mehr daran lag, daß die Deutschen zum Nachdenken gebracht werden, warum ihre Sprache dort zur Zeit noch immer nicht verwendet wird. Aber dazu kann es auch andere Meinungen geben, die ich respektiere.

Ich will Ihnen hier in diesem Zusammenhang nicht aufzählen, welche Projekte inzwischen mit finanziellen Mitteln, die aus unserem Land zur Verfügung gestellt worden sind, im Zuge der notwendigen Erhaltungsmaßnahmen und unter Vermeidung möglichst jeglicher Verfälschungen gegenüber den Originalen realisiert worden sind. Aber mir scheint, daß es erlaubt ist, darauf hinzuweisen, daß nach dem polnischen Staat, der die Gedenkstätten aus dem zentralen Staatsetat mit erheblichen Mitteln ausstattet und jetzt dafür sogar ein umfangreiches neues Programm beginnen will (das allerdings auch zu recht die wirtschaftliche und Arbeitsplatzsituation Oswiecim's mit zu verbessern sucht), daß also nach dem polnischen Staat wir Deutschen diejenigen sind, die am meisten Geld für die Erhaltung

dieser Gedenkstätte bereitstellen. Dabei nenne ich immer zuerst das hervorragende Sammlungsergebnis, ausgelöst durch eine Aktion des Norddeutschen Fernsehens mit einer Sendung von Frau Patrizia Schlesinger, die zwar leider auch zu einer Sammlung ganz furchtbar scheußlicher Briefe von anonym bleibenden nazistischen Feiglingen führte, aber eben auch zu mehr als 2,5 Millionen DM Sammlungsergebnis. Diese Mittel wurden der

Auschwitz-Stiftung zur Verfügung gestellt, die bisher allein unter einer polnischen Entscheidungsstruktur tätig ist. Der Deutsche Bundestag stellte der Regierung (zuständig ist das Auswärtige Amt) für 4 Jahre 10 Millionen DM und die 16 Bundesländer für einen Zeitraum von 5 Jahren ebenfalls 10 Millionen DM zur Verfügung. Während die Bundesmittel inzwischen verbraucht und verplant sind und auch noch eine beachtliche Ergänzung für ein bestimmtes Projekt durch die deutsch-polnische Stiftung erfahren haben, befindet sich das Länderprogramm noch etwa in der Mitte seiner Abwicklung. Dazu wird als wahrscheinlich größtes Vorhaben gehören sowohl die Nutzbarmachung des sog. ehemaligen Sauna-Gebäudes als auch dessen innere Ausgestaltung mit einem Raum der Besinnung und einer noch in der Überlegung befindlichen Form der Ausstellung von besonderen Exponaten, die mit Birkenau zu tun haben. Eine Liste der Transporte jüdischer Menschen aus allen Teilen Europas nach Auschwitz soll dort ebenso ihren Platz finden wie eine der Loren, mit denen die Asche auf die Felder gefahren worden ist, um sie dort einfach zu verschütten.

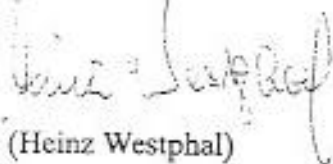
Lassen Sie mich zum Schluß noch anmerken, daß Sie leider nicht berichtet haben über die nicht nur auf das Sammeln beschränkte Tätigkeit des Archivs von Auschwitz, sondern durch die gerade von der bisher dort existierenden Computersektion unternommenen Vorhaben, um wissenschaftliche Erkenntnisse und Dokumentationen international verwendbar zu machen. So ist z.B. das Buch über die in Auschwitz-Birkenau inhaftierten und umgebrachten Roma und Sinti ein gewichtiges Ergebnis der Arbeit dieser Sektion gewesen. Und wohl noch bedeutungsvoller sind die sogenannten Sterbebücher von Auschwitz, die wir im vorigen Jahr in Frankfurt vorstellen konnten, weil sie mit den Mitteln einer Sammlung des Hessischen Rundfunks finanziert worden sind. Es handelt sich dabei um die gefundenen Dokumente mit den völlig verfälschten Todesursachen über diejenigen Häftlinge in Auschwitz, die noch im Lager und vom Lager aus arbeiten mußten, bevor sie umgebracht wurden oder starben. Die vom Transport an der Rampe selektierten und sofort in die Gaskammern geschafften jüdischen Familien haben solche Dokumentation ihrer Namen nicht finden können. Doch auch die Zahl der aus den vor allem in Moskau und in Gross-Rosen gefundenen "Sterbebüchern" festgehaltenen Namen summiert sich zu über 67.000! Zur Zeit läuft ein weiteres Projekt, das zu einer computermäßigen Vernetzung zwischen den polnischen Gedenkstätten führen wird, um die gemeinsame wissenschaftliche Arbeit und Dokumentation zu erleichtern. Hierbei hilft finanziell die deutsch-polnische Stiftung und die vorantreibende Kraft auf polnischer Seite war bisher Magister Jan Parcer, und auf deutscher Seite Prof. Dr. Manfred Thaller vom Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen. Ich persönlich habe große Probleme damit, daß die Direktion der Gedenkstätte den international anerkannten und zuverlässigen Jan Parcer entlassen und die von ihm geleitete Computersektion des Archivs von Auschwitz aufgelöst hat.

Lieber Herr Dr. Armbrüster, es würde mich freuen, wenn Sie meinen Brief als eine Ergänzung Ihrer Darstellungen ansehen würden, und ich will auch hinzufügen, daß ich keine Einwände habe, wenn Sie ihn für die Information Ihrer Mitglieder des Aktuellen Museums verwenden wollen.

Mit besten Wünschen für den Erfolg Ihrer Arbeit

verbleibe ich

Ihr



(Heinz Westphal)

VORANKÜNDIGUNG

Bildungsreise für Erwachsene in die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau im Mai 1997

Der *Verein Aktives Museum* lädt Mitglieder, Freunde und Interessierte vom 25. bis 30. Mai 1997 zu einer Studienreise in die *Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau-Monowitz* ein.

Neben der Vermittlung allgemeiner Kenntnisse über die Geschichte und Topographie des ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagers steht im Vordergrund des Aufenthalts der schwierige Umgang mit dem zum Symbol für die NS-Herrschaft gewordenen Ort in der Gegenwart. In Gesprächen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des *Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau* und der *Internationalen Jugendbegegnungsstätte* sowie Einwohnern der Stadt Oswiecim werden wir aktuelle politische und pädagogische Fragen besprechen.

Georg Armbrüster - 1987/88 Friedensdienstleistender der *Aktion Sühnezeichen* in Oswiecim - wird den Aufenthalt vorbereiten und leiten.

Der Teilnehmerbeitrag für die Kosten der Hin- und Rückreise, Unterbringung und Verpflegung sowie des Programms wird ca. 400.- DM betragen. Es stehen maximal 14 Teilnehmerplätze zur Verfügung.

NS-Unrecht Kein Schlußstrich ohne Schlußgesetz

Doch Justiz allein kann Geschichte nicht bewältigen

Von Uwe Kalbe

Der deutsche Soldat kann sterben, ein Deserteur muß sterben. Dieses Hitler-Wort hatte Folgen.

Während das Deutsche Kaiserreich 150 Todesurteile fällte und 48 vollstreckte, starben während des zweiten Weltkrieges 20 000 der 30 000 zum Tode verurteilten Menschen in »Unehren« - angebliche Wehrkraftzersetzer, Spione, Feindbegünstiger, Fahnenflüchtige. Und noch heute gelten sie als Verräter, läßt ihre Rehabilitierung auf sich warten. Daß die Militär- jedoch nur einen Teil der NS-Unrechtsjustiz ausmacht, darauf wiesen die Teilnehmer einer Podiumsdiskussion am späten Dienstag in Berlin ausdrücklich hin. Insgesamt fällte die NS-Justiz 46 000 Todesurteile.

Bis 1985 hat das Bonner Parlament gebraucht, den »zivilen« Volksgerichtshof zur Unrechtsinstitution zu erklären - 5191 Exekutionen gehen auf ihn zurück. Eine zahllose Erklärung nannte Klaus Bästlein von der Berliner Senatsverwaltung für Justiz den Bonner Spruch, denn Unrecht wurde damit nicht aufgehoben. Auch durch den Bundesgerichtshof im Jahr 1991 nicht, der die NS-Justiz zu in-

situationalisiertem Unrecht erklärte. Allein in Berlin sind noch immer über 200 000 Strafurteile, gesprochen von Nazirichtern, rechtsgültig. Der Vorwurf, elbne »biologische Lösung« solle das Problem lösen, drängt sich auf. Zumal ein angestrebtes Schuldgesetz nicht nur die im Bundesentschädigungsgesetz bisher völlig ausgeklammerten Opfergruppen einbeziehen müßte: u.a. Kriegsdienstverweigerer, Homosexuelle, Deserteure, Zwangsarbeiter, Euthanasiegeschädigte, Kommunisten. Ein Gesetz zu ihrer Rehabilitierung müßte vor allem auch einen zweiten Kanossengang der Opfer durch die Gerichte ausschließen, wie Lothar Eberhardt, Koordinator des Aktionsbündnisses Potsdamer Appell, forderte. Die derzeit in einigen Bundesländern geltende Möglichkeit einer Einzelfallprüfung setzt genau diesen Nachweis voraus.

Die Chancen auf baldige Rehabilitierung sah Gerhard Zwerenz, der für die PDS im Bundestag sitzt, skeptisch. Selbst aus der Wehrmacht desertiert, sah er unter Hinweis auf den Karlsruher Spruch gegen das »Soldaten-sind-Mörder«-Wort einen bedenklichen Trend zur öffentlichen Neubewertung von Militarismus. Furcht vor einer Beschädigung des auch für die Bundeswehr geltenden soldatischen Mannbarkeitsbegriffes machten auch die übrigen Teilnehmer der Runde

situationalisiertem Unrecht erklärte. Allein in Berlin sind noch immer über 200 000 Strafurteile, gesprochen von Nazirichtern, rechtsgültig. Der Vorwurf, elbne »biologische Lösung« solle das Problem lösen, drängt sich auf. Zumal ein angestrebtes Schuldgesetz nicht nur die im Bundesentschädigungsgesetz bisher völlig ausgeklammerten Opfergruppen einbeziehen müßte: u.a. Kriegsdienstverweigerer, Homosexuelle, Deserteure, Zwangsarbeiter, Euthanasiegeschädigte, Kommunisten. Ein Gesetz zu ihrer Rehabilitierung müßte vor allem auch einen zweiten Kanossengang der Opfer durch die Gerichte ausschließen, wie Lothar Eberhardt, Koordinator des Aktionsbündnisses Potsdamer Appell, forderte. Die derzeit in einigen Bundesländern geltende Möglichkeit einer Einzelfallprüfung setzt genau diesen Nachweis voraus.

Die Chancen auf baldige Rehabilitierung sah Gerhard Zwerenz, der für die PDS im Bundestag sitzt, skeptisch. Selbst aus der Wehrmacht desertiert, sah er unter Hinweis auf den Karlsruher Spruch gegen das »Soldaten-sind-Mörder«-Wort einen bedenklichen Trend zur öffentlichen Neubewertung von Militarismus. Furcht vor einer Beschädigung des auch für die Bundeswehr geltenden soldatischen Mannbarkeitsbegriffes machten auch die übrigen Teilnehmer der Runde



Bremen 1996: Erinnerung am Volkstrauertag auch an die deutschen Deserteure

Foto: Fischer

aus. Nicht zuletzt dies sei wohl auch ein Grund für die DDR gewesen, wohl antifaschistische Widerstandskämpfer, in der Regel aber nicht Deserteure in die Schutzlisten zu laden, mutmaßte Hans Coppi vom Verein Aktives Museum in Berlin. Zugleich machte er auf die derzeitige, heuchlerische »Aufarbeitung« von DDR-Geschichte per Justiz aufmerksam. Was in keinem einzigen Fall bei NS-Richtern gelang, sei nun gegen DDR-Richter gang und gäbe. Dabei verbiete sich angesichts der Dimensionen begangenen Unrechts ein solches Vorgehen geradezu. Ein

Schlaglicht auf die Verschiedenheit der Maßstäbe warf Eckart Rotka von der Neuen Richtervereinigung, der die Moderation übernommen hatte. Er erinnerte an den Fall Outfried Kellers, einstiger Heeresrichter, den die CDU vor einem Jahr als Gutachter zur Bundestags-Anhörung über die Entschädigung für NS-Militär-opfer geladen hatte. Unter solchen Umständen ist die bittere Geringfügigkeit desinest desertierten Reimar Gilsenbach, heute Autor zu Umweltthemen, verständlich: Meine Desertion spricht für sich und braucht keine Rehabilitierung.

Neukölln, Sonnenallee 13

Der Hausbesitzer verweigerte dem Bezirk die Anbringung einer Gedenktafel für Irmgard und Benno Heller. Wir brachten daher am 29. 3. 1994 eine provisorische Gedenktafel an. Jetzt fand, wie man sieht, der Bezirk eine andere Lösung:

Text der Gedenktafel:

Hier befand sich die Wohnung
und die Praxis des Frauenarztes
Dr. Benno Heller
(29.3.1894-Anfang 1945)
und seiner Frau und Mitarbeiterin
Irmgard Heller, geb. Strecker
(30.1.1895-15.6.1943).
Dieses Ehepaar leistete Widerstand
gegen das nationalsozialistische
Regime. Ihre politische Gesinnung
und Menschlichkeit erlaubten
ihnen nicht, der Vertreibung und
Vernichtung zuzusehen.
Sie versuchten alles, das Leben
jüdischer Menschen zu bewahren.
Sich selbst konnten sie nicht retten.

Harald Ramm entfernt die provisorische
Gedenktafel des Aktiven Museums
die geht nun ein in unsere Gedenktafel-Ausstellung
In diesem Hause..."



Die Neuköllner Gedenktafel wird am 27. 9. 1996 enthüllt

»Nichtanbringung«

Senat will keine Gedenktafel aus DDR-Zeiten

Von Bettina Heidkamp

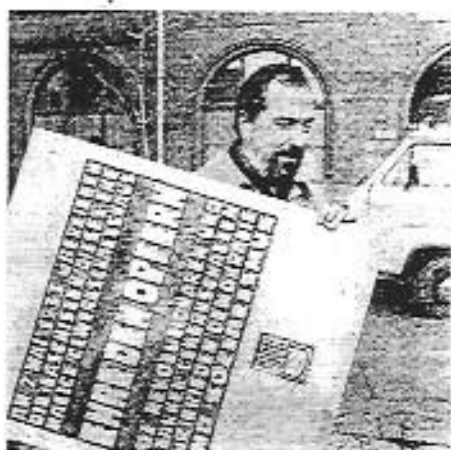
Gestern Mittag, Institut für Tropenmedizin, Engeldamm 62-64: Volker Hobrack von der Gedenktafelkommission Mitte stürmt an den Journalisten vorbei: »Ich muß die Tafel noch holen. Es gibt eine Nichtanbringung«. Dann steht er da mit der etwa 50 mal 60 cm großen Metallplatte. An ihren angestammten Platz, der Barksteinhwand des Hauses am Engeldamm, darf sie nicht zurück.

Anders als für gestern von der Gedenktafelkommission Mitte geplant und vom Landesinstitut für Tropenmedizin bereits 1995 genehmigt, Der Senat hatte am Dienstag per Fax die Wiederanbringung der Tafel untersagt. Von 1983 bis 1991 hatte ihre Inschrift da, wo jetzt mit Holz ausgefüllte Löcher gähnen. Erinnerung angemahnt: »Am 2. Mai 1933 überfielen die Faschisten dieses ehemalige Gewerkschaftshaus - Ehre den Opfern! Mit revolutionären und starken Gewerk-

schaften für Frieden, Demokratie und Sozialismus.«

Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales ist derzeitige Hausherrin des Gebäudes mit wechselvoller Geschichte. Erbaut 1900 von dem jüdischen Physiker Leo Arons als erstes Gewerkschaftshaus Deutschlands, wurde es 1933 von den Nazis gestürmt, die Grabstelle Arons auf dem Gelände zerstört. 50 Jahre später wurde am Gebäude, das inzwischen als Städtisches Krankenhaus fungierte, die Tafel angebracht und 1991, noch vor Auflösung des Krankenhauses, von dessen Verantwortlichen entfernt. Mitglieder des Luisenstädtischen Bürgervereins retteten die Tafel, und die Gedenktafelkommission Mitte beschloß mit Zustimmung aller Fraktionen, sie wieder anzubringen. Erweitert um das eingravierte, kommentierende Datum »1983«. Denn, so meinte Hobrack gestern, »die Tafel soll natürlich aus heutiger Sicht gesehen werden. Wer überlegt, denkt an den historischen Hintergrund und kann damit leben.«

Die Senatsverwaltung nicht. Sprecherin Gabriele Lukas gestern auf ND-Anfrage: »Wir sind gegen eine Tafel mit so einer unreflektierten Geschichtsdarstellung. Bei einem öffentlichen Gebäude muß sich jeder mit der Inschrift identifizieren können, damit jeder es als seine eigene Verantwortung begreifen kann, gegen eine Wiederholung der Geschichte anzutreten.« Man sei aber bereit, sich finanziell an einer neuen Tafel zu beteiligen. Gemeinsam mit dem DGB, der Restitutionsansprüche an das Haus stellt.



Hobrack nimmt sie wieder mit. ND-Foto: Lange

Neues Deutschland, 21. 11. 1996



Eine „Reise ins Nichts“ war die Fahrradtour zum „Roten Köln“, die im Rahmen der Köln-Tage der SPD geboten wurden. Werner Jung, stellvertretender Parteivorsitzender, demonstrierte den knapp 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern eindrucksvoll, wie Köln mit seinem sozialistischen Erbe umgeht. Staunen herrschte unter anderem am Grab des Gründers und Präsidenten des Kölner Arbeitervereins Andreas Gottschalk. Dessen Grabstätte auf Melaten ist in schauerlichem Zustand. Fehlzanzeige

auch dort, wo eigentlich eine Tafel an Karl Marx und Friedrich Engels erinnern sollte - siehe unser Foto. Vier Löcher in der Wand markieren die Stelle, an der für kurze Zeit vor ein paar Jahren eine Gedenktafel hing. Ein Andenkensjäger hat sie wohl mitgenommen, seither herrscht gähnende Leere an der vorgesehener Stelle am Josef-Haubrich-Hof. Schon merkwürdig, daß an Marx' und Engels' zeitweiliger Wirkungsstätte nur vier Löcher im Beton an die beiden erinnern... Foto: K.-H. Walter

In dem Haus, das früher an dieser Stelle stand (heute Volkshochschule Köln) war die Redaktion der "Rheinischen Zeitung"

Kölner Politische Informationen
3/96

Straßenumbenennungen in Charlottenburg

Charlottenburgs Bezirksverordnete stimmten dem Vorschlag des Bezirksamtes zu, die Reichssportfeldstraße in "Stadionallee", die Reichssportfeldbrücke in "Stadionbrücke" und die bisherige Stadionallee in "Am Reiterplatz" umzubenennen.

Der Tagesspiegel, 7. 9. 1950

(wegen schlechter Qualität des Mikrofilms hier keine Kopie)

Wird aus Hoeferstraße der Dünnebackeweg?

Die Hoeferstraße am Kurt-Schumacher-Platz soll in Dünnebackeweg umbenannt werden. Einen entsprechenden Antrag will

Ihren Namen trägt die Hoeferstraße seit dem 21. Mai 1941. Damit ehrten die Nazis den SS-Oberführer Karl Hoefer. Dieser lebte von 1862 bis 1939. Im ersten Weltkrieg war er hochdekoriertes Heerführer, wurde als „einarmiger General“ bekannt.

1921 schlug er den polnischen Aufstand als Mitglied im „Oberschlesischen Selbstschutz“ mit nieder. Der Nationalist wurde 1936 zum SS-Oberführer ernannt. Dieser Titel der faschistischen Terrororganisation wurde nur selten verliehen. Vergleichbar war er mit dem Rang eines Generalleutnants der

Wehrmacht. Die Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener (BVVdN) findet es ungeheuerlich, daß die kleine Straße noch heute den Namen Hoefers trägt.

Wer sich hinter dem Straßennamen verbirgt, erfuhr der BVVdN-Vorsitzende Fred Löwenberg, als er zufällig Material über den Mann in die Hände bekam.

Bislang hatte sich weder in Reinickendorf noch in der zuständigen Senatsverwaltung jemand für den 55 Jahre alten Straßennamen interessiert. So

die SPD-Fraktion in die nächste Sitzung der BVV einbringen. Hintergrund: Erst jetzt wurde publik, wer Karl Hoefer war.

war zwar bekannt, daß Hoefer preußischer General war, aber mehr auch nicht.

Nach dem die Vergangenheit Hoefers nun bekannt geworden ist, will die SPD die Straße nach Adolf Dünnebacke benennen. Dieser war von 1946 bis 1960 Reinickendorfs erster Bürgermeister nach dem 2. Weltkrieg.

Daß die Hoeferstraße umbenannt werden sollte, darüber gibt es Einigkeit in den Fraktionen. Welchen neuen Namen sie bekommen soll, wird allerdings erst Diskussionssthema auf der nächsten BVV-Sitzung am 13. November sein.

BW

Reinickendorfer Volksblatt,
14. 11. 1996

„Sonntags haben die Juden Schabbat“

Von gutgemeint bis antisemitisch: Stadtführungen durch das jüdische Berlin unter die Lupe genommen

Von Irene Gradwohl

„Wege ins jüdische Berlin“ - „Tempel, Tallas und Tucholsky“ - „Das falsche Scheunenviertel“ - so oder ähnlich klingen die Titel der etwa 30 Stadtführungen, die sich wöchentlich vor allem auf jüdisches Leben in Berlin-Mitte beziehen. Dazwischen bieten rund 15 kommerzielle Veranstalter solche Rundgänge regelmäßig an. Meist werden ehemalige jüdische Einrichtungen im Umland der Neuen Synagoge angefahren. Etwa zwei Stunden ist man für den Preis von 15 Mark unterwegs.

Eine reine Freude sind solche Unternehmungen nur in wenigen Fällen, denn abgesehen von eher dürftigen Kenntnissen über jüdische Inhalte begnügt sich die Mehrheit der selbsternannten Experten bei der Vorbereitung mit der flüchtigen Lektüre eines einschlägigen Stadtführers. Die jüdischen Orte dienen dann als Aufhänger für ein Geplänkel aus (halb-)wahren Informationen sowie für oder weniger nahegelegenen Anekdoten und Assoziationen durchsetzt mit unterschiedlich antisemitischen Stereotypen.

„Tucholsky paßt hier nicht her, denn der lebte in Moabit“ leitet der Guide die Tour von „artefakt“, „Tempel, Tallas und Tucholsky“ entschuldigend ein, wobei Tallas und der Tempel (in der falschen Straße lokalisiert) mit zwei Sätzen erledigt sind. Am ersten jüdischen Begräbnisplatz geht es - am (angeblichen) Originalgrab - um Moses Mendelssohn, der durch das Rosenthaler Tor die Stadt betrat, an dem nicht nur die staatlichen Wächter standen, sondern auch die der jüdischen Gemeinde, denn - so weiß der Stadtführer - die „wollte nur reiche Juden in der Stadt“. Mit keiner Silbe wird erwähnt, daß es letztlich nicht die jüdische Gemeinde war, die entschied, wer eingelassen werden durfte, sondern genaue staatliche Vorgaben.

Weiter erklärt der Guide, daß in damaliger Zeit die unterschiedlichen Einwanderergruppen wie Hugenotten und Juden „alle steuerliche Entgegenkommen erhielten“. Die Juden hätte es sicher gefreut, wenn sie den nicht „flüchtigen Schutzbrief“ sowie andere Steuern nicht hätten entrichten müssen, aber zumindest wird an späterer Stelle darauf hingewiesen, daß Mendelssohn bei seiner Hochzeit diverse Porzellan-Affären zu kaufen hatte.

Überhaupt ist Mendelssohn das rabenschwarze Kapitel dieser artefakt-Führung. Er „hatte keine Schulbildung“. Man „lernte notdürftig ein paar Buchstaben Hebräisch schreiben und addieren“. Die einermalen kuriose Begründung für die von Mendelssohn initiierte Freischule: „Die Juden hatten Schwierigkeiten mit dem Toralesen im Gottesdienst“, was geändert werden sollte. Eine Teilnehmerin der Führung, die Zweifel an

dieser Darstellung jüdischer Bildungsgegebenheiten wagt, wird beschiden: „Das war so. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Außerdem wurde in Preußen die Schulpflicht erst 1821 eingeführt“. (Merke: Bildung ist nur, was in der christlichen Umgebungskultur stattfindet.) Überhaupt - das mit dem Hebräisch sei gar nicht so einfach. Das habe er bei einem kleinen Israeli aus seinem Bekanntenkreis bei der Vorbereitung auf die

mehr sagen“. Warum eigentlich nicht? Schräg gegenüber war das katholische St. Hedwigs-Krankenhaus ein Ort wo „Leute mit bestimmten Nasen- und Ohrläppchenformen noch behandelt wurden, als sich andere Ärzte zu gut waren“. Die Nazi-Rassenideologie, nach der Juden Hakennasen und angewachsene Ohrläppchen haben, läßt grinsen. Die Führung endet bei Adass Jisroel mit dem Hinweis, daß diese Gemeinde 1967 wieder

„lehter Reihenfolge“. Der geschändete und zerstörte jüdische Friedhof in der Großen Hamburger Straße wird kommentiert: „Da war es das Naheliegendste, Löschteiche anzulegen.“

„In“ ist es auch, Stadtführungen einen Touch von „jüdischkeit“ zu geben. Da wird „Das alte jüdische Viertel - eine Führung zum Schabbatbeginn“ Anfang Juli um 16.00 Uhr angeboten oder ein nichtjüdischer Stadtführer verabschiedet, sich am vermeintlichen jüdischen Neujahrstag von seiner nichtjüdischen Zuhörerschaft mit „Schana Towa“.

Manche führen haben mehrere Stadtführer; die den gleichen Rundgang anbieten. So auch bei „artberlin“. Im günstigsten Fall bekommt man langatmige Ausführungen mit viel Zahlensalat garniert - wovon gerade mal zwei (Gründungsdatum der jüdischen Gemeinde und des Friedhofes) stimmen. Im ungünstigsten Fall hört man am Sonntag mittag vor dem Café von Adass Jisroel: „Hier ist geschlossen, weil die Juden heute Schabbat haben“. Der gemeinsame Schulbesuch von jüdischen und christlichen Knaben in der jüdischen Freischule fand statt, denn „von irgendetwas mußten die Juden sich ja ihre Schule finanzieren lassen“. An der Sophienkirche will eine Frau wissen, ob es stimmt, daß die Juden der Kirche ein Stück vom Friedhof geschenkt hätten? Obwohl das der Fall ist, lautet die Antwort: „Nein, so großzügig sind die Juden nicht“. Vor dem einstigen „jüdischen“ Krankenhaus in der Auguststraße heißt es: „Das Krankenhaus profitierte davon, daß Juden hier keine Chefarzte werden konnten.“ Das blieb nämlich - für eine gewisse Zeit - Nichtjuden vorbehalten. Damit wird die Diskriminierung von Juden zum Vorteil des Krankenhauses umgedeutet.

Im Angebot der Stadtführungen gibt es auch sogenannte Kombinationsprogramme: „Jüdische Geschichte und jüdische Musik“. Die Führung thematisiert dann - wenig passend zum anschließenden Konzertprogramm - die Geschichte derer, die 1671 aus Wien kamen und in den nächsten 200 Jahren einen raschen Assimilierungsprozeß durchliefen und als ab 1880 die Ostjuden kamen, diesen mit großer Zweisprachigkeit begegneten.

Erstaunlich, daß ein Anbieter mit diesem Niveau regelmäßig im Schaustellen-Programm des vor einiger Zeit teilprivatisierten Fremdenverkehrsamtes mit Führungen zur jüdischen Geschichte vertreten ist. Noch erstaunlicher ist, daß außer der erwähnten Nachfrage, von den Teilnehmern keine hörbare Reaktion oder gar ein Protest auf diese Ausführungen kommt.

Wer fundierte Führungen zur jüdischen Stadtgeschichte sucht, kann sich im Centrum Judaicum informieren (siehe „Das interessiert Berlin“).



Den Durchblick in Sachen jüdisches Leben in Berlin haben nur wenige Anbieter von Stadtführungen: Da wird die „Spandauer Vorstadt“ - hier ein Blick vom Hinterhaus der Tucholskystraße 34 auf die Synagoge in der Oranienburger Straße - schon einmal zum „Scheunenviertel“.

Foto: Erhard

Barmizwa mitbekommen. Die Ungerechtigkeit fällt nicht weiter auf. Wie kommt's, daß ein zwölfjähriger Israeli seiner Muttersprache nicht mächtig ist? Oder handelte es sich um einen in Deutschland aufgewachsenen jüdischen Jungen, der flugs ausgebürgert wurde?

Zurück zu Mendelssohn: „Deutsch konnte damals fast keiner von den Juden. Man hat sich auf jüdisch durch's Leben gemauschelt“. Weiter geht es mit Abraham Mendelssohn, der sich (das ist neu) taufen ließ. Künstlerpech: Ausgerechnet Abraham, der als einziger der Kinder Mendelssohns Jude blieb!

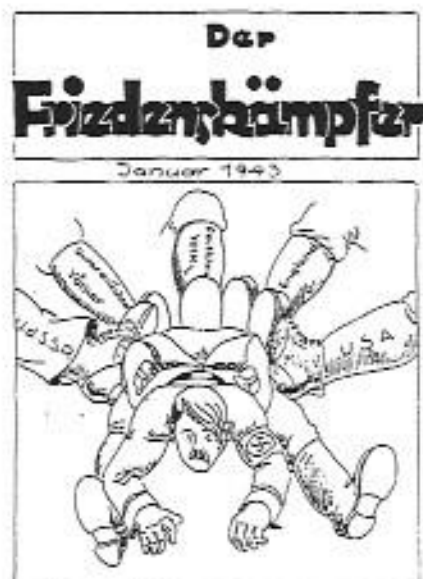
Am Gedenkstein beim ehemaligen Altersheim, das zum Deportationszammellager umfunktioniert wurde, wird Betroffenheitsrhetorik zelebriert. „Hier kann man nichts

gegründet wurde, weil Erich Honecker in den USA empfangen werden wollte und deshalb den Juden in der DDR entgegenkam, denn in den USA gibt es „eine zahlenmäßig große Wählergruppe, die kein amerikanischer Präsident sich erlauben kann, zu vernachlässigen“.

Bei „Berlin-Erkundungen / (gangart)“ beginnen die „Wege ins Scheunenviertel“ an der Friedrichstraße und enden am Hackeschen Markt ohne das Gebiet des Scheunenviertels berührt zu haben. Ein Gemisch aus Unwissenheit und Ignoranz führt hinsichtlich der Zuwanderung russischer Juden zur Feststellung, daß die jüdische Gemeinde einen Beleg von ihnen verlangt, daß sie Juden sind und „das ist ein Ariemachweis in umge-

Allgemeine jüdische Wochenzeitung
17. 10. 1996

**Gedenkstätte
Deutscher Widerstand**
Stauffenbergstraße 13 -14
10785 Berlin-Tiergarten
Tel. 030/ 2654 - 2202
Fax. 030/ 2654 -2230



Hans-Rainer Sandvoß
Widerstand in Kreuzberg

Neuerscheinung: "Widerstand in Kreuzberg 1933 - 1945"

"Widerstand in Kreuzberg 1933 - 1945"
Hrsg. von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, 288 Seiten
Autor: Hans-Rainer Sandvoß
kostenlos erhältlich in der Gedenkstätte Deutscher
Widerstand und der Bürgerberatungsstelle im
Rathaus Kreuzberg, Yorckstraße 4/11

Als zehnte Veröffentlichung der Reihe zum Berliner Widerstand von 1933 bis 1945 wurde in Anwesenheit des Bezirksbürgermeisters Franz Schulz am 4. September im Kreuzberger Rathaus der 288 Seiten umfassende Band "Widerstand in Kreuzberg" vorgestellt. Das Buch ist mit vielen Fotos und Dokumenten versehen, anschaulich aufgebaut und gegliedert und eignet sich dadurch auch für die Schul- und Bildungsarbeit.

Der Widerstand in Kreuzberg wird darin in seiner politischen Breite und sozialen Vielfalt beschrieben. Die Opposition von Arbeitergruppen in SO 36 und Betrieben des alten Zeitungsviertels um Koch- und Zimmerstraße wird dabei ebenso dargestellt wie das Wirken von Anhängern der Bekennenden Kirche um Kurt Scharf und jene Menschen, die verfolgte Juden versteckten. Weitgehend unbekannte kommunistische Arbeitersportler und Gewerkschafter stehen neben vertrauten Namen wie Wilhelm Leuschner, Carl Goerdeler, Ernst Heilmann und Herbert Wehner, der sich als Spitzenfunktionär der KPD 1933 in Kreuzberg aufhielt.

Überhaupt ist es der Reiz des interessanten Buches, daß Kreuzberg in seiner Widersprüchlichkeit, Lebendigkeit und Mannigfaltigkeit dargestellt wird: Einmal der westliche Teil (SW) mit dem Zeitungsviertel und verschiedenen Betrieben wie der Reichsdruckerei und dann wieder der östliche Teil mit einem relativ dichten Mietskasernenviertel in SO 36, einer Hochburg des Berliner Arbeiterwiderstands.

Es gereicht dem vorliegenden Band zum Vorteil, dass die Schriftenreihe auf eine 15-jährige Erfahrung zurückblicken kann, in deren Verlauf inzwischen über 500 Zeitzeugen befragt und über 1 000 Entschädigungs- bzw. Verfolgtenakten ausgewertet werden konnten. Die politischen Veränderungen seit 1989 haben es zudem möglich gemacht - so betonte der Autor -, Lebensläufe und politische Schicksale wieder zusammenzufügen, die sich aufgrund der Spaltung der Stadt (1948/49) in getrennte Stadthälften zurückgezogen hatten. Auch brachte die Öffnung bisher verschlossener Archive viele Anklageschriften und Urteile zum Berliner Widerstand hervor.

Alfred Fleischhacker: Das war unser Leben. Erinnerungen zur Geschichte der Freien deutschen Jugend in Großbritannien 1939 - 1946. Unter Mitwirkung von Holger Stoecker. Verlag Neues Leben GmbH, Berlin 1996. 283 S. geb., 36 DM.

Jahrzehnte hat es gedauert, bis ehemalige Mitglieder der 1939 gegründeten "Freien Deutschen Jugend in Großbritannien" (FDJGB) ihre Erinnerungen veröffentlichen konnten. Die Geschichte, der ca. 600 jungen Frauen und Männer, die am 2. Juni 1939, in London die FDJGB gründeten, paßte zu DDR-Zeiten nicht in die offizielle FDJ-Geschichtsschreibung. Nur in einigen wissenschaftlichen und literarischen Veröffentlichungen wurde die Existenz und das Wirken der FDJGB erwähnt. In der 1982 veröffentlichten offiziellen FDJ-Geschichte wurden den Aktivitäten junger deutscher Emigrantinnen und Emigranten in Paris, Prag und London nur wenige Zeilen gewidmet. So könnte man sagen, daß der einstige Verlag der Staatsjugendorganisation FDJ bei dem die offizielle "Geschichte der Freien Deutschen Jugend" erschien, mit diesem Erinnerungsbuch nun etwas für die historische Gerechtigkeit tat. Der kritische Beitrag von Ursula Herzberg verdeutlicht aber auch, wie jahrzehntelang von fast allen in die DDR zurückgekehrten einstigen Mitgliedern der FDJGB diese einseitige und falsche Darstellung der FDJ-Geschichte hingenommen wurde, "ohne je den Versuch einer Richtigstellung zu unternehmen". Sie ist es auch, die darauf hinweist, daß es vor allem die Auslandsgruppe der KPD in Großbritannien war, die die FDJGB ins Leben rief. Die FDJ schreibt sie "war sozusagen ein Feld der massenpolitischen Arbeit der KPD in England". Die Mehrzahl der Mitglieder der FDJGB waren jüdischer Herkunft und stammten aus bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Verhältnissen, nur ganz wenige hatten vor ihrer Emigration Kontakte zu kommunistischen Organisationen. Die Mehrzahl der Jugendlichen kehrte nach 1945 nicht nach Deutschland zurück. Für sie war die Freie Deutsche Jugend eine solidarische Gemeinschaft, die nicht wenigen das Gefühl von Geborgenheit gab, ja sogar Eltern und Geschwister ersetzte. Im Mittelpunkt der 13 recht unterschiedlichen Beiträge von Alfred Fleischhacker (Herausgeber), Werner Blumenthal, Barbara Cardlidge, Ken Ellington, Werner Goldstein, Hans und Ursula Herzberg, Hans Jacobus, Alice Michelson, Horst Schalscha, Helmut Stoecker, Lieselotte Wolf und Eberhard Zamory stehen natürlich die Gründungsgeschichte der FDJGB, der Beitrag dieser Organisation im Kampf gegen Faschismus und Krieg aber auch viel Alltägliches über das Leben im Exil. Der Anthologie ist ein organisationsgeschichtlicher Teil und eine Chronik nachgestellt, die durch interessante Dokumente und zusätzliche Fakten ergänzt wurde. So z. B. der Fall des jungen deutschen Emigranten Werner Fischer, Mitbegründer und Aktivist der FDJGB, der mit Zustimmung seiner Partei in die US-Army eintrat und mit dem Fallschirm im Vorfrühling 1945 hinter den Nazi-Linien, direkt in eine russische Patrouille absprang. Seine wahre Legende wurde ihm nicht geglaubt und er wurde von den "Befreierern seines Landes erschossen". Auch dies blieb bis zum Ende der DDR ein Geheimnis. Erst 1995 berichtet darüber der England-Emigrant Hans Jacobus, der es wiederum im September 1989 von Heinz Schmidt, dem einstigen KPD-Exilchef in Großbritannien erfuhr.

Der 1994 verstorbene Historiker Helmut Stoecker, der der Initiator des Buches war, berichtet, wie er Anfang Juni 1939 in einer von einer reichen Familie bewohnten Stadtresidenz im Londoner Stadtteil Kensington von einem schweigenden Hausdiener eingelassen wurde, und im Souterrain ganz unfeierlich die Gründungsversammlung der FDJGB erlebte. Eberhard Zamory, der als junger deutscher Emigrant 1943 als Freiwilliger Angehöriger der britischen Armee wurde, schildert seine Erlebnisse mit Mitgliedern der Manchester KPD-Leitung, die ihn und seine Freundin wegen eines angeblich nicht der Parteilinie entsprechenden Buches einem hochnotpeinlichen Verhör unterzogen. Ken Ellington (Kurt Eisenberg), ebenfalls Angehöriger der britischen Armee, schreibt über seine Eindrücke als er das stark zerstörte Hamburg sah, was ihn in seinen Entschluß bestärkte, nicht nach Deutschland zurückzugehen. Seine damalige Entscheidung fasst er mit den Worten zusammen: "was bedeutete mir dieses Land, das ich viel zu jung verlassen hatte, um eine kulturgebende Sehnsucht in mir zu erwecken - von Vaterlandsliebe ganz zu schweigen! War es nicht das Land der Mörder unserer Eltern, unserer Geschwister, unserer Gemeinschaft? Wer hatte das Recht, mir vorzuschreiben, wo meine moralischen Pflichten als Sozialist lagen?"

Andreas Herbst

"Lieder gegen das Vergessen"

Ein antifaschistisches Musikprojekt des Dokumentations- und Informationszentrums (DIZ) Emslandlager, Papenburg, und der Gruppe ARGUS, Bremen

Im Sommer 1995 entwickelten das Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager in Papenburg und das Bremer Ensemble ARGUS das Konzept für ein historisch-antifaschistisches Musikprojekt zu "Liedern gegen das Vergessen". Was die Zusammenstellung der historischen Kompositionen angeht, gibt es unseres Wissens in der Bundesrepublik gegenwärtig kein vergleichbares Vorhaben. Der zeitliche Bogen des Liedmaterials spannt sich vom Ende der Weimarer Republik bis in die 70er Jahre: Lieder von Bertolt Brecht und Hanns Eisler (darunter Auszüge aus den "Ernsten Gesängen"), "Die Moorsoldaten", "Los campesinos" aus dem Spanischen Bürgerkrieg, bekannte und nahezu unbekannte Partisanen-, Widerstands- und Anti-Nazi-Lieder aus Frankreich, Italien, Polen, Slowenien, Bulgarien, dem Ghetto von Wilna, der Sowjetunion und den USA, der Mauthausen-Zyklus von Mikis Theodorakis. In ihrer Vielfalt lassen die Kompositionen ein tiefgehendes Bild von Verfolgung, Unterdrückung und Widerstand unter dem NS-Regime entstehen; sie fragen zugleich nach dessen Voraussetzungen oder erzählen von den Wünschen und Hoffnungen, die die Menschen mit der Befreiung von dieser Herrschaft verbanden. Mit zwei Liedern aus Chile und Südafrika wird am Ende an faschismusanfällige bzw. rassistische Nachkriegsgesellschaften erinnert.

All das wird von dem akustischen Ensemble ARGUS in Bearbeitungen dargeboten, die auf der einen Seite ihren Respekt vor dem Liiddokument widerspiegeln, auf der anderen künstlerische und politische Haltungen zur Gegenwart ausdrücken. Die Musik des Septetts, das für seine engagierte Kunst 1985 mit dem Kultur- und Friedenspreis der Villa Ichon (Bremen) ausgezeichnet wurde, ist somit historisch und zugleich aktuell; sie ist dabei kompliziert und einfach, unterhaltsam und nachdrücklich.

Das bearbeitete Material umfaßt mittlerweile 30 Kompositionen und soll Anfang 1997 auf einer Doppel-CD komplett veröffentlicht werden, ergänzt durch ein ausführliches Beiheft, das neben den Liedtexten historische Hintergrundinformationen und Überlegungen zur Bedeutung antifaschistischer Lieder für die Gegenwart enthält.

Das gesamten Produktionskosten des anspruchsvollen Vorhabens belaufen sich auf ca. 46.000 DM. Da die Eigenmittel des DIZ und der Gruppe ARGUS nur etwa ein Drittel dieser Summe abdecken, kann die geplante Veröffentlichung in der vorgesehenen Form im Moment nicht realisiert werden. Das DIZ Emslandlager ruft deshalb dazu auf, das Musikprojekt mit einmaligen Spenden zu unterstützen. Die Spenderinnen und Spender erhalten auf Wunsch eine Spendenbestätigung (Träger des DIZ ist ein als gemeinnützig anerkannter Verein). Zudem besteht die Möglichkeit, das Projekt durch Vorbestellungen der geplanten Doppel-CD zu unterstützen. Dabei gilt für Bestellungen bis zum 31. Januar 1997 ein Vorzugspreis von 32,90 DM, danach wird der Tonträger 39,80 DM kosten.

Spenden können unter dem **Stichwort "CD - Gegen das Vergessen"** auf das folgende Konto überwiesen werden: AK Emslandlager, Bank: KSK Papenburg, Bankleitzahl: 285 515 60, Kontonr.: 5005350.

Bestellungen der Doppel-CD sind zu richten an: DIZ Emslandlager, Postfach 1132, 26851 Papenburg, Tel.: 04961 / 916306, Fax: 04961 / 916308. Wer auch im Bekannten- und Freundeskreis für das Projekt werben möchte, kann unter dieser Adresse einen gesonderten Spendenaufruf anfordern.

Fietje Ausländer (DIZ Emslandlager, Papenburg)

Veranstaltungsvorschau:

Samstag, 11. Januar, 15.00 Uhr

Videofilm: *Die Hoffnung*. Spielfilm von André Malraux
im Rahmen der Veranstaltungsreihe *Spanien 1936 - 1939*
Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche, Puchenstr. 12, 12555 Berlin
Veranstalter: Bund der Antifaschisten Köpenick

Dienstag, 14. Januar, 15.00 Uhr

Vortrag von Dr. Almuth Puschel
Der Film unter Staatskuratel. Vom Reichslichtspielgesetz 1919 zu Goebbels Reichslichtspielgesetz 1934
Kulturhaus Prenzlauer Berg, Danziger Str. 191, Turmzimmer
Veranstalter: Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung

24. - 26. Januar

Children of the Holocaust, 11. Treffen der Zweiten Generation
zum Thema: *Das Vermächtnis der Toten*
in der Heimvolkshochschule Glienicke
Veranstalter und Anmeldung: esra e.V., Iranische Str. 2-4, 13347 Berlin
Tel. 491 94 91

Samstag, 25. Januar, 15.00 Uhr

Gespräche mit Teilnehmern am antifaschistischen Widerstand
Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche, Puchanstr. 12
Veranstalter: s. 11. 1.

Sonntag, 26. Januar (Uhrzeit steht noch nicht fest)

Matineeveranstaltung *Bausteine der Erinnerung*
zugunsten des Dokumentationszentrums der Stiftung
Topographie des Terrors im Kammermusiksaal der Philharmonie

Montag, 27. Januar

Anhörung zur Frage der Rehabilitation der vor NS-Gerichten Verurteilten
Veranstalter: Bündnis 90/Die Grünen, Potsdamer Appell in Zusammenarbeit mit dem Verein
Akives Museum

Montag, 27. Januar, 17.00 Uhr Ehrung auf dem Platz des 23. April

18.00 Uhr Ausstellungseröffnung *Ich will nicht vergessen*
beides Köpenick, s.o.

Dienstag, 11. Februar, 15.00 Uhr

Vortrag von Susanne Willems:
Die Neugestaltung Berlins zur Reichshauptstadt - auf Kosten der Berliner Juden 1938 -1942
in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstr. 13-14
Veranstalter: wie 14. 1.

StattReisen Berlin, Malplaquetstr. 5, 13347 Berlin, Tel. 455 30 28

bietet im Frühjahr an
Bildungsreisen nach:
Krakau und Auschwitz
Lublin/Majdanek/Izbica/Zamosc/Belzec
Gdansk/Danzig mit Tagesausflug nach Kaliningrad/Königsberg
Wilna/Vilnius
L'viv/Lemberg
Cernivci/Czernowitz
Fahrradreise durch Masuren

Die Gegenwart der Geschichte des Holocaust

Intergenerationelle
Tradierung und
Kommunikation
der Nachkommen

Konferenz
vom 26. - 27. Januar 1997
Rathaus Schöneberg Berlin

veranstaltet von:

Second Generation Trust, London
Institut für vergleichende
Geschichtswissenschaften, Berlin

in Kooperation mit

Kunstmuseum Schöneberg, Berlin
Fritz Bauer Institut, Frankfurt/M.
The Inner Theatre, Tel Aviv
Haus der Wissenschaften

Nach Eingang Ihrer Anmeldung und des Unkostenbeitrages auf unserem Konto werden Ihnen Tagungsunterlagen - nicht vor Ende November - zugeschickt.

Die Konferenz wird finanziell unterstützt von der Friedrich-Ebart-Stiftung.

Da wir diese Konferenz als freie Träger ausrichten sind wir für Spenden auch für die Weiterarbeit an einem internationalen Netzwerk dankbar.

Das Institut und der Second Generation Trust sind als gemeinnützige Organisation anerkannt.

Nachfragen richten Sie bitte an:

Institut für vergleichende
Geschichtswissenschaften e.V.
Cuvrystr. 23
D-10997 Berlin
Telefon 0049 30 6160 90 97
Fax 0049 30 612 54 44
e-mail staffia@berlin.snafu.de

Ja, Sie dürfen den Abschnitt hier abtrennen. Sie werden mit den Tagungsunterlagen ein neues Programm zugesandt bekommen.

Anmeldung

Hiermit melde ich mich verbindlich zu der Konferenz *Die Gegenwart der Geschichte des Holocaust* am 26. und 27. Januar 1997 in Berlin an.

Name:

Adresse:

Tel.

Fax.

Die Anmeldung gilt für

- beide Tage (Unkostenbeitrag 120.-DM)
- Sonntag (Unkostenbeitrag 80.-DM)
- Montag (Unkostenbeitrag 80.-DM)

(Der Unkostenbeitrag deckt auch die im Programm angegebenen Mahlzeiten. Das Konzert ist nicht im Unkostenbeitrag enthalten.)

- Ich bezahle per Cheque
- Ich überweise auf das Konto des Institutes für vergl. Geschichtswissenschaften
Konto Nr. 779 45-104, Postbank Berlin, Bankleitzahl 100 100 10

Unterschrift

Institut für vergleichende
Geschichtswissenschaften

Cuvrystr. 23

D-10997 Berlin

Der Jahrestag der Befreiung von Auschwitz ist für den 27. Januar 1996 das erste Mal als offizieller Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus in Deutschland ausgerufen und am 19. Januar 1996 begangen worden. Diese Ungleichzeitigkeit verweist gleichsam symbolisch darauf, daß es eine große Unsicherheit gibt, welche gesellschaftliche Bedeutung dieser Gedenktag und damit die Geschichte des Holocaust im Land der Täter heute hat.

Daß diese Bedeutung im eigenen Gegenwartigen und nicht nur im vergangenen Historischen zu suchen ist, bewies zuletzt eindrücklich die Vehemenz und Emotionalität, mit der die Diskussion um das Buch von Daniel Goldhagen geführt wurde.

Um die gegenwärtige Bedeutung der Geschichte des Holocaust näher zu bestimmen, ist es deshalb notwendig, die Nachwirkungen der Geschichte und die Mechanismen ihrer Tradierung auf die Nachkommen der Opfer und TäterInnen zu verstehen. Es geht also darum, die eigene Verstrickung oder Traumatisierung als Nachkommen in ihrer gegenwärtigen Bedeutung zu erkennen.

Die Konferenz thematisiert die sehr unterschiedlichen Folgen des Holocaust und die verschiedenen Formen der Auseinandersetzung mit diesen Folgen auf 'beiden Seiten'. Wir verstehen dies als ein Schritt auf dem schwierigen Weg, das Gedenken der Geschichte auf die Geschichte der Gedankenkenen zu beziehen.

Ziele der Konferenz sind:

1. Den Erscheinungsformen und Mechanismen der Tradierung der Geschichte des Holocaust bei den Nachkommen der Opfer und TäterInnen nachzugehen.
2. Ansätze von Kommunikationsformen und deren Inhalte zwischen den Nachkommen vorzustellen und zu diskutieren.
3. Diese Kommunikationsformen als Bearbeitungsform der Geschichte des Holocaust kritisch zu befragen.
4. Weitere Schritte zu einer internationalen Vernetzung der verschiedenen Initiativen und Institutionen, die um die Klärung der nachträglichen Wirkbarkeit der Geschichte des Holocaust sich bemühen, zu unternehmen.

26. Januar 1997

9.00 - 11.00 Uhr

Die Kommunikation über den Holocaust in den Familien

Prof. Dr. Gabriele Rosenthal,
Gesamthochschule Kassel

Praktische und politische Folgen der intergenerationalen Tradierung

Prof. Dr. Dan Bar On,
Ben Gurion Universität, Beersheva

11.00 - 11.30 Uhr Kaffeepause

11.30 - 12.30 Uhr

Einführung in die Arbeit der Nachkommen von Opfern und Tätern der Gruppe *Trust and Reflect* aus den USA, Israel und Deutschland

12.30 - 14.00 Uhr Mittagessen

14.00 - 15.30 Uhr

Arbeitsgruppen

15.30 - 16.00 Uhr Kaffeepause

16.00 - 18.00 Uhr

Podiumsdiskussion:

Begegnung als Bearbeitungsform der nachträglichen Wirkbarkeit des Holocaust:

mit *Prof. Dr. Dan Bar On, Edna Brocke (Alte Synagoge Essen), Hanno Loewy (Fritz Bauer Institut), Dr. Gabriele Rosenthal,*

*Dr. Ingrid Strobl (Schriftstellerin),
Dr. Björn Krondorfer (St. Mary's College, USA)*

20.00 Uhr

Generationen nach dem Holocaust - internationales Gedenkonzert von MusikerInnen der 2. und 3. Generation im Konzertsaal des SFB

Einführung: Anita Lasker Wallfisch, London

27. Januar 1997

10.00 - 12.00 Uhr

Schweigen und Ver-Schweigen - zur Differenz der Bearbeitungsformen in Opfer- und Täterzusammenhängen

*Kurt Grünberg,
Sigmund-Freud-Institut, Frankfurt a.M.*

12.00 - 13.30 Uhr Mittagessen

13.30 - 15.00 Uhr

Arbeitsgruppen
parallel: Führung (engl. u. dt.) durch das Bayerische Viertel

16.00 - 18.00 Uhr

Die Geschichte der 2. und 3. Generation in verschiedenen Ländern - mit Beiträgen aus: Frankreich, den Niederlanden, Großbritannien, USA, Israel, Tschechien, Polen, Deutschland

18.00 - 19.30 Abendessen

20.00 Uhr

Gedanken an die Befreiung von Auschwitz
Lesungen mit musikalischen Zwischenspielen

Arbeitsgruppen werden zu folgenden Themenbereichen (zum Teil auch auf Englisch) angeboten:
Ansätze von Kommunikation und Begegnung der Nachkommen (Psychodrama und Playback Theater, Dialoggruppen, 3. Generation nach der Shoah)
Bearbeitungsformen der Geschichte des Holocaust (Geschichte der Gedenkkultur in Deutschland, Facing history, Goldhagendebatte, die Linke und die Shoah)

Mit *Yaacov Naor (Israel), Hanni LeVercenz (Berlin), Nea Weissberg-Gob (Berlin), Armand Volkas (USA), Dr. Björn Krondorfer (USA), Hanno Loewy (Frankfurt), Dr. Ingrid Strobl (Köln), Dr. Jürgen Müller Holagen (Dachau), Dr. Jochen Spielmann (Berlin), Dr. Manfred Jurgovsky (Berlin) u. a.*
(Die Erweiterung der Arbeitsgruppenthemen und leichte Veränderungen am Programm sind möglich.)

Internationaler Appell:

Gerechtigkeit für die Überlebenden des Holocaust in Mittel- und Osteuropa!

Nur wenige Juden in Mittel- und Osteuropa haben den Holocaust überlebt. Die meisten von ihnen leiden bis heute an physischen und psychischen Spätschäden der Verfolgung.

Die Überlebenden des Holocaust in den nach 1945 kommunistisch regierten Ländern Mittel- und Osteuropas sind nach 1945 ohne jede Entschädigung geblieben. Während des Kalten Krieges verweigerte die Bundesrepublik Deutschland jede Zahlung an die überfallenen Länder Mittel- und Osteuropas. Erst nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten hat die Bundesregierung der Einrichtung von Stiftungen in Polen, Weißrußland, der Russischen Föderation und der Ukraine zugestimmt. Die hierbei von der deutschen Regierung zur Verfügung gestellten Summen von 500 Millionen DM (Polen) und 1 Milliarde DM (GUS) ermöglichen den dort eingerichteten Stiftungen lediglich die Zahlung einmaliger Beträge von wenigen hundert bis maximal einigen tausend Mark. Dies ist angesichts des den Verfolgten dieser Staaten zugefügten Unrechts nicht mehr als ein Almosen. Die Überlebenden brauchen zur Sicherung ihrer Menschenwürde verlässliche monatliche Rentenzahlungen.

Eine angemessene Entschädigung der Überlebenden des Holocaust in Mittel- und Osteuropa ist überfällig!

Der Jewish Claims Conference als Vertretung der jüdischen Verfolgten gelang es, wenigstens für diejenigen Überlebenden aus Mittel- und Osteuropa, die ihre Heimatländer inzwischen verlassen haben und heute in Deutschland, den USA, Australien oder Westeuropa leben, Härte-

fonds zu erstreiten. Überlebende, die mindestens sechs Monate in einem Konzentrationslager inhaftiert waren oder die mindestens 18 Monate in einem Ghetto festgesetzt wurden oder unter menschenunwürdigen Bedingungen versteckt leben mußten, können aus diesen Fonds einmalig 5.000 DM sowie monatlich 500 DM erhalten. Diese Möglichkeit gilt jedoch nicht für diejenigen, die in Mittel- und Osteuropa geblieben sind bzw. dorthin zurückkehren.

Das bedeutet:

Nachdem die Überlebenden über 50 Jahre auf jede Entschädigung warten mußten, nötigt man sie jetzt, ihre Heimatländer zu verlassen, wenn sie eine Rentenzahlung erhalten wollen. Diese schwer traumatisierten alten Menschen dürfen nicht in die Emigration getrieben werden. Die Mehrzahl der Überlebenden ist über siebzig Jahre alt. Die meisten leben in bitterer Armut ohne adäquate medizinische und soziale Unterstützung. Eine weitere Verzögerung einer angemessenen finanziellen Entschädigung nimmt den Tod dieser Verfolgten in Armut und Bitterkeit in Kauf.

Wir fordern daher die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Deutschen Bundestag auf, umgehend für die Gleichbehandlung der Überlebenden des Holocaust zu sorgen. Mit der Jewish Claims Conference ist schnellstens eine Vereinbarung zu treffen, die laufende Rentenzahlungen auch für Überlebende in Mittel- und Osteuropa ermöglicht. Hierzu sind die bestehenden Richtlinien zu überarbeiten und die erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Ich unterstütze diesen Internationalen Appell:

Vorname, Name

Beruf

Organisation

Funktion

Straße

Ort

Land

Unterschrift

Bitte zurücksenden:

Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V. Kämmergasse 1 50676 Köln Telefax: 0221 23 49 91

APDT.DOC